

Unbefriedigend sei auch die Frage des Farbfernsehens.<sup>23</sup> Mächtige amerikanische Interessen und amerikanisches Kapital übten einen Druck zur Übernahme des amerikanischen Systems aus, dem nur durch einen entsprechenden politischen Gegendruck begegnet werden könne. Solange der politische Wille jedoch dazu fehle, werde weder zwischen Deutschland und Frankreich ein gemeinsames Farbfernsehen zustande kommen, noch ein europäisches System verwirklicht werden können.

Bei dem Programmaustausch seien die Schwierigkeiten, die auftreten könnten, nunmehr bekannt, und ihre Bedeutung könne deshalb jeweils eingeschätzt werden.

Wenn auch die Regelmäßigkeit und der Umfang der Konsultationen begrüßenswert sei und dank ihrer ein Rahmen für die Zusammenarbeit bestünde, so wünsche man jedoch auf französischer Seite, daß die notwendigen Impulse geben würden, um diesen Rahmen auszufüllen.

Schlußbemerkung des Bundeskanzlers: Bundeskanzler *Erhard* dankt für die Bereitschaft des französischen Präsidenten und seiner Regierung zur europäischen Zusammenarbeit sowie für die Geduld, die erneut bewiesen worden sei. Er drückt seine Genugtuung über die Konsultationsbesprechungen sowie seine Hoffnung aus, daß jede Begegnung einen neuen Schritt vorwärts zum gemeinsamen Ziel der Freundschaft bringen werde.

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 16

189

### Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-89.A/64 geheim

6. Juli 1964<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 6. Juli 1964 um 12.00 Uhr den amerikanischen Botschafter, Herrn McGhee, zu einer Unterredung, an der Herr Bundesminister Dr. Westrick und Herr Ministerialdirigent Dr. Osterheld teilnahmen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte einleitend, der Botschafter habe sicher schon das eine oder andere über den Besuch de Gaulles<sup>2</sup> gehört und erfahren. Das

<sup>23</sup> Für das Farbfernsehen konkurrierten drei Übertragungsverfahren um die Einführung in den westeuropäischen Staaten: das amerikanische NTSC-System und die in Frankreich bzw. der Bundesrepublik entwickelten Verfahren SECAM und PAL. Vgl. dazu auch Dok. 50, Anm. 35.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 7. Juli 1964 gefertigt.

Vgl. zu dem Gespräch auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 101 f.

<sup>2</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 in Bonn vgl. Dok. 180-188.

Zu den Gesprächen des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle vgl. Dok. 180 und Dok. 187.

ganze sei eine harte Auseinandersetzung gewesen, aber mit dem Ergebnis, daß die deutsche Seite den Vorstellungen de Gaulles hinsichtlich eines engen Zusammengehens zwischen Deutschland und Frankreich nicht zugestimmt habe. Auch die Vorstellungen hinsichtlich der Europapolitik wichen sehr stark von einander ab. Der entscheidende Punkt sei aber das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika gewesen. Er wolle dem Botschafter streng vertraulich mitteilen, daß er de Gaulle gesagt habe, er tue so, als ob die Bundesrepublik ein Vasall der Vereinigten Staaten sei. Dies treffe gewiß nicht zu. Er habe auf die deutsche öffentliche Meinung hingewiesen und betont, daß in der deutschen Presse immer wieder die Frage gestellt werde, ob die Politik der Entspannung nicht dazu führe, daß die Deutschlandfrage auf Eis gelegt werde. Außerdem sei darauf hingewiesen worden, daß in Zeiten der Entspannung das Deutschlandproblem nicht angepackt werde und in Zeiten der Spannungen erst recht nicht. Dies sei ein Beweis dafür, daß man in Deutschland mit gesundem Realismus den Vereinigten Staaten gegenüberstehe. Auf der anderen Seite habe man aber Vertrauen zu den Vereinigten Staaten, das sich auf alles das stütze, was die Vereinigten Staaten seit dem Kriege getan hätten. Ihre Haltung verdiene dieses Vertrauen. Ohne die Vereinigten Staaten sei die Bundesrepublik schutzlos, und deshalb seien auch enge Beziehungen zu Amerika für Deutschland unverzichtbar.

De Gaulle habe gesagt, in Europa müsse man eine europäische und nicht eine amerikanische Politik betreiben. Darauf habe er erwideret, daß dies selbstverständlich sei, aber kein unüberbrückbarer Gegensatz sein brauche. Schließlich gehöre die ganze freie Welt zusammen. Er habe den General dann gefragt, was ihn denn zu der Auffassung veran lasse, daß die Bundesrepublik so völlig von den Vereinigten Staaten abhänge. De Gaulle habe auf die deutsche Haltung zur Chinafrage verwiesen. Er selbst habe dies als ein sehr treffendes Beispiel bezeichnet und bemerkt, daß die deutsche Seite von den Franzosen nicht konsultiert worden sei.<sup>3</sup> Nunmehr aber verlange de Gaulle, daß die Deutschen sich ihm anschließen. Bei seinem Besuch in den Vereinigten Staaten<sup>4</sup> habe er festgestellt, mit welcher Sorge und mit welchem Ernst man in der amerikanischen Regierung die Chinafrage und das Problem Südostasiens betrachte<sup>5</sup>, das für die Vereinigten Staaten eine Frage von Leben und Tod sei. Deshalb halte man es auch für ein Gebot der Pflicht und der Loyalität, einem Verbündeten alle politische und moralische Unterstützung zu gewähren. Gerade China sei ein krasses Beispiel dafür gewesen, wie weit die Auffassungen auseinandergingen.

De Gaulle habe darauf geantwortet, daß die Vereinigten Staaten in den Chinesen die größere Gefahr sähen, weil sie ihnen näher seien. Deshalb sei es denkbar, daß die Amerikaner eines Tages ihren Frieden mit Chruschtschow schlös-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 787*

<sup>3</sup> Zur unterbliebenen Konsultation der Bundesregierung vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. Dok. 11, Anm. 7. Vgl. auch Dok. 44.

<sup>4</sup> Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

<sup>5</sup> Vgl. auch Dok. 180, Anm. 25.

sen und die deutsche Frage dann vergessen werde. Am Ende stünde dann ein ausgesöhntes Rußland und ein ausgesöhntes Amerika. Ohne europäische Politik könne das deutsche Anliegen nicht seiner Erfüllung zugeführt werden.

Dem habe er (Bundeskanzler) entgegengehalten, wenn Amerika nicht der Verbündete der Bundesrepublik wäre, könnte für Chruschtschow die Versuchung sehr groß sein, sich auf ein europäisches Abenteuer einzulassen. Es wäre auch eine Illusion zu glauben, daß sich die Amerikaner nicht in vollem Umfang der von der Sowjetunion drohenden Gefahr bewußt seien. De Gaulle aber beurteile die Entspannungsversuche anders und sehe dahinter auch ganz andere Motive.

Wenn de Gaulle von Europa spreche, so denke er an ein Europa, das im wesentlichen aus Frankreich und Deutschland bestehe. Er habe auch deutlich gesagt, wenn die Deutschen eine diesbezügliche Entscheidung träfen, würden die übrigen europäischen Staaten in die Knie gezwungen werden.

Er selbst habe de Gaulle erwidert, daß er es nicht für möglich halte, daß sich die anderen europäischen Staaten in ein Abhängigkeitsverhältnis von einer europäischen Führungsmacht, die aus Deutschland und Frankreich bestünde bzw. im wesentlichen nur aus Frankreich, zwingen ließen. Wenn de Gaulle den Zustand der angeblichen Abhängigkeit Europas von den Vereinigten Staaten bedaure und kritisiere, so würde dies in noch größerem Maße für die noch kleineren europäischen Länder gegenüber einer französisch-deutschen Vormachtstellung gelten. Manches Mal habe die Unterhaltung fast eine dramatische Zuspitzung erfahren.

De Gaulle habe deutlich gesagt, man könne Europa haben, wenn die Deutschen bereit seien, eine politische Entscheidung zugunsten Frankreichs zu treffen. Er (der Bundeskanzler) glaube aber, wie de Gaulle ausgeführt habe, an die Allianz mit den Vereinigten Staaten und an eine Freundschaft mit Frankreich.

Der Herr Bundeskanzler bemerkte, hierauf habe er de Gaulle an die erste Begegnung vor sechs Monaten<sup>6</sup> erinnert, bei welcher Gelegenheit er ihm dargelegt habe, daß die Bundesrepublik das Bündnis mit den Vereinigten Staaten unbedingt brauche, was aber der Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich keinen Abbruch tun müsse. Damals habe de Gaulle selbst gesagt – und das habe er ihm jetzt entgegengehalten –, daß es ein schlechter Scherz wäre, wenn er (de Gaulle) die Bundesregierung vor die Alternative Amerika oder Frankreich stelle.<sup>7</sup> Er habe mit allem Nachdruck gesagt, daß dies auch völlig unmöglich sei.

De Gaulle habe darauf geantwortet, er wolle gar nichts gegen die Vereinigten Staaten unternehmen, im Gegenteil, er wolle ein Bündnis mit ihnen, doch sollten sich erst die Europäer untereinander einigen und zusammenfinden und Europa ein Ding in sich werden.

Auf die Frage einer gemeinsamen Außenpolitik eingehend, erklärte der Herr

<sup>6</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 21. November 1963 in Paris vgl. AAPD 1963, III, Dok. 421–424.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 8, Anm. 5.

Bundeskanzler, eine solche Politik sei nicht möglich, solange keine Einigung über die NATO und deren Zukunft bestehe. Er habe de Gaulle gesagt, die Franzosen wünschten eine nationale Armee, während dies nicht der Wunsch der Deutschen sei, da eine deutsche nationale Armee von der Größe der derzeitigen Bundeswehr nur das alte Mißtrauen und die alte Furcht wieder auflöben lassen würde. Deshalb trete man auf deutscher Seite so nachhaltig für eine vollkommen integrierte NATO ein. Dies sei schon mal ein Punkt, über den keine Einigkeit bestehe.

Er habe den General weiter gefragt, wie er sich die Verteidigung der freien Welt vorstelle, wenn dies in einer Gemeinschaft zwischen Europa und Nordamerika geschehen solle, der General aber andererseits die Übermacht der Vereinigten Staaten von Amerika ungern sehe.

Im weiteren Verlauf des Gespräches habe er dem General gesagt, nach den amerikanischen Wahlen<sup>8</sup> werde er doch gewiß mit dem amerikanischen Präsidenten zusammentreffen. Dann müßten selbstverständlich auch die Fragen der NATO und ihrer künftigen Entwicklung geklärt werden. Er habe den General gebeten, ihm seine Ansichten zu dieser Frage darzulegen.

Es sei nun höchst aufschlußreich gewesen, was de Gaulle geantwortet habe, denn soviel er wisse, sei es das erste Mal gewesen, daß de Gaulle etwas deutlicher von seinen Ideen gesprochen habe.

De Gaulle sei davon ausgegangen, daß auf der einen Seite die Vereinigten Staaten stünden, auf der anderen Seite ein geeintes und in sich geschlossenes Europa. Die Europäer müßten Europa dann in einem Maße stärken, daß es ein gleichberechtigter Partner der Vereinigten Staaten würde. Dann könnten die Vereinigten Staaten und Europa ein Bündnis abschließen, das auch gegenseitigen Beistand vorsehe.

Er habe diese Ausführungen de Gaulles mit großem Interesse aufgenommen und sich auch bereit erklärt, an diesem Sandkastenspiel mitzuwirken. Er wollte aber wissen, wie sich dieses Projekt strategisch, politisch und finanziell auswirken werde, da er annahme, daß sich bei einer Prüfung unter diesen Aspekten sehr rasch zeigen werde, daß es sich um eine bare Illusion handle. Er habe gefragt, ob die Bundesrepublik dann zusätzlich zu den Lasten, die sie bereits jetzt zu tragen habe, auch noch für die Ausstattung der Griechen und Türken und anderer Länder aufkommen solle. Außerdem würde zu einer gleichberechtigten Partnerschaft neben den Vereinigten Staaten auch eine gleichstarke nukleare Rüstung gehören. Hier bestehe aber zwischen den Vereinigten Staaten und der französischen Force de frappe ein himmelweiter Unterschied.

De Gaulle habe darauf geantwortet, daß die Vereinigten Staaten für Europa nuklear einstehen sollten, wogegen Europa seinerseits bereit wäre, mit seiner nuklearen Macht an anderer Stelle für die Vereinigten Staaten einzustehen.

Er selbst habe diesen Versuch als unmöglich bezeichnet, denn es sei keineswegs realistisch, von den Vereinigten Staaten zu erwarten, daß sie ihr nukleares Potential einsetzen und dabei unerhört große Risiken auch für ihr eige-

<sup>8</sup> Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

nes Land auf sich nähmen und den Europäern gestatteten, unterdessen ihre eigene europäische Politik zu betreiben.

Wie der Herr Bundeskanzler weiter berichtete, habe er sodann gefragt, wie eine europäische nukleare Verteidigung aussehen würde, und sich insbesondere danach erkundigt, ob die Force de frappe eine europäische Nuklearmacht wäre oder ob die Franzosen bereit wären, ihre Force de frappe im Falle einer Bedrohung Europas oder Deutschlands einzusetzen. Mit anderen Worten, die Frage sei darauf hinausgelaufen, ob es sich um eine französische oder europäische nukleare Macht handeln solle. Die deutliche Antwort de Gaulles sei gewesen, daß es eine französische Force de frappe wäre. Daraufhin habe er dem General geantwortet, wenn dies so wäre, bestünde für die Deutschen immer ein Abhängigkeitsverhältnis, sei es von den Franzosen, sei es von den Amerikanern. Wo mehr Schutz zu erwarten sei, bedürfe keiner ausdrücklichen Erwähnung.

De Gaulle habe gemerkt, daß seine Antwort etwas zu absolut formuliert gewesen sei, und habe dann versucht, sie etwas abzuschwächen, indem er von der Möglichkeit gesprochen habe, daß vielleicht auch die Engländer bereit wären, ihr nukleares Potential einzubringen. Eine weitere Möglichkeit sei, daß im Falle der Bildung einer europäischen Regierung auch eine europäische Force de frappe denkbar wäre.

Hierauf habe er (Bundeskanzler) erwidert, der General denke bekanntlich an ein Europa der Vaterländer und in einem solchen Europa werde es ja nie eine europäische Regierung und deshalb auch nie eine europäische Force de frappe geben. Damit sei das Thema mehr oder weniger abgeschlossen gewesen.

Der Herr Bundeskanzler fuhr fort, daß dies die wesentlichen Teile des Gespräches gewesen seien. Der Inhalt dieser Mitteilung sei nun so geheim, daß er es nicht gern sehen würde, wenn er in irgendeiner Akte des State Departments erscheinen würde. Am liebsten wäre es ihm, wenn dieser Bericht nur dem Präsidenten<sup>9</sup> vor die Augen käme und er ihn nach dem Lesen gleich verbrennen würde. Es sei der tiefste Beweis der Freundschaft, die er für den Präsidenten empfinde, daß er ihn über die Gespräche mit de Gaulle so genau informiere. In jedem Amt gebe es Beamte, die anderer Meinung seien, und wenn durch sie de Gaulle bekannt würde, daß er den amerikanischen Präsidenten so ausführlich unterrichtet habe, so wäre das in höchstem Maße bedauerlich. Es sei das erste Mal gewesen, daß de Gaulle sich etwas deutlicher über seine Vorstellungen über die Zukunft der NATO geäußert habe.

Der *Botschafter* fragte, ob sich de Gaulle ein auf der Grundlage des Fouchet-Plans<sup>10</sup> geeintes Europa vorstelle.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, was ihm vorschwebe sei ein politischer Zusammenschluß Deutschlands und Frankreichs, der nach de Gaulles Auffassung so stark wäre, daß die anderen auf die Knie gezwungen würden. Seine Vorstellungen von Europa würden aber Europa zerstören und nicht bauen.

<sup>9</sup> Lyndon B. Johnson.

<sup>10</sup> Zu den von Frankreich initiierten Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

Bundesminister *Dr. Westrick* erwähnte das von de Gaulle vorgebrachte Argument, daß die bisherigen Bemühungen zur Schaffung Europas erfolglos geblieben seien. In einem am 3. Juli 1964 in der „Welt“ erschienenen Leitartikel des Pariser Korrespondenten dieses Blattes sei die gleiche Linie vertreten worden.<sup>11</sup> Wie man wisse, sei dieser Artikel von französischer Seite beeinflußt gewesen. Nachdem bisher bei der europäischen Einigung keine Erfolge erzielt worden seien, so werde argumentiert, liege jetzt die einzige Chance darin, daß Deutschland und Frankreich zusammengingen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte ergänzend, daß für die bisherigen Mißerfolge die Schuld und die Verantwortung den Deutschen zugeschoben würden.

Der *Botschafter* fragte dann, ob de Gaulle seine Ansichten zu anderen Problemen zu erkennen gegeben habe, wie beispielsweise Kennedy-Runde und Getreidepreis.

Wie der Herr *Bundeskanzler* erwähnte, sei über diese Themen nicht gesprochen worden, doch sei er sicher, daß die Fachminister diese Themen behandelt hätten.<sup>12</sup>

Der *Botschafter* erkundigte sich sodann, ob sich die französische Haltung gegenüber Großbritannien geändert habe.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte hierzu, die Frage Großbritannien habe in der Unterhaltung keine große Rolle gespielt. Hinsichtlich des Kreises der an einer europäischen Einigung beteiligten Länder scheine de Gaulle vorzuschweben, daß der Kreis dieser Länder über die sechs in der EWG zusammen geschlossenen Staaten hinausgehen könne. Er habe den Gedanken, daß darin auch Nichtmitglieder der EWG vertreten sein könnten, wie umgekehrt nicht von Anfang an alle EWG-Länder vertreten zu sein brauchten. Ausgangspunkt seiner Überlegungen sei aber ein möglichst enges deutsch-französisches Zusammengehen, weil dann die anderen mehr oder weniger folgen müßten.

Wie der Herr Bundeskanzler ausführte, habe er selbst sich auch einmal die Frage vorgelegt, ob die Sechs unbedingt mit dem Kreis derjenigen Länder identisch sein müßten, die zur Bildung einer Politischen Union bereit seien. Der entscheidende Unterschied zwischen seiner und de Gaulles Auffassung sei aber der, daß er nicht von einer deutsch-französischen Hegemonie ausgehe bzw. von einer französischen Hegemonie mit Deutschland als Vasall.

Das Ergebnis der Gespräche sei sehr mager gewesen. De Gaulle wolle sich nicht von der Stelle rühren und habe klar zu erkennen gegeben, daß er keine weiteren Bemühungen zu unternehmen gedenke, um zu einer Politischen Union zu gelangen.

<sup>11</sup> In dem Artikel „Paris verstimmt über Stillstand in Europa“ von Heinz Barth wurde dazu ausgeführt: „Man neigt in Paris gegenwärtig zu einer ausgesprochen nüchternen Beurteilung des Europa-Problems. Zweifel am Willen der Partner Frankreichs, auch der Bundesrepublik, zu einer politischen Union zu gelangen, werden gegenwärtig in einer noch schärferen Form geäußert als bisher ... Die Frage der Supranationalität ist nach Ansicht einflußreicher Kreise nur ein Vorwand für diejenigen Regierungen, die nicht bereit sind, ein vereintes Europa zu schaffen.“ Vgl. DIE WELT, Nr. 152 vom 3. Juli 1964, S. 1.

<sup>12</sup> Zu den Besprechungen der Finanz- und Wirtschaftsminister sowie der Landwirtschaftsminister vgl. Dok. 183.

Er selbst sei noch nicht bereit, völlig zu resignieren, und deshalb sei man übereingekommen, im Rahmen des deutsch-französischen Vertrages<sup>13</sup> von den zuständigen Gremien die Frage prüfen zu lassen, ob die Idee einer politischen Einigung Europas noch einmal geprüft und neu formuliert werden könnte, um eine Grundlage für neue Gespräche abzugeben. Nach alledem aber, was er von dem General gehört habe, glaube er nicht, daß in einem solchen Verfahren viel stecke. Zumindest hätten die Gespräche aber die gute Wirkung gehabt, daß sie Klarheit gebracht hätten, denn alle Gretchenfragen seien auf den Tisch gelegt worden.

Botschafter *McGhee* sagte sodann, er habe Weisung von Präsident Johnson, zwei Themen anzusprechen. Er teilte zunächst mit, daß Herr Acheson nach Genf entsandt worden sei, um an den Verhandlungen des Vermittlers der Zypernfrage teilzunehmen und sowohl den Griechen als auch den Türken<sup>14</sup> zu Gesprächen zur Verfügung zu stehen, wenn sie dies wünschten.<sup>15</sup>

Der Herr *Bundeskanzler* kam noch einmal auf die französische Vorstellung einer gemeinsamen deutsch-französischen Außenpolitik zurück und bemerkte, er habe de Gaulle gesagt, daß er nicht wisse, wie die französische Außenpolitik aussehe. Man erfahre die Dinge erst hinterher. Das gelte sowohl für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und China, wie für den französischen Vorschlag für eine Neutralisierung Südostasiens<sup>16</sup>, worüber er zum ersten Mal aus den Zeitungen erfahren habe. Andere offene Fragen seien das Verhältnis zwischen Israel und der arabischen Welt. Außerdem wisse er, daß de Gaulle mit den Griechen und den Türken verhandelt habe<sup>17</sup>, kenne aber seine Auffassungen zu diesen Fragen nicht. Unter diesen Voraussetzungen könne er von ihm keinen Blankoscheck für eine gemeinsame Außenpolitik erwarten.

Der *Botschafter* sagte, die amerikanische Regierung sei weiterhin in großer Sorge wegen der Entwicklung auf Zypern und habe den griechischen und den türkischen Ministerpräsidenten nach Washington eingeladen in der Absicht, das Gespräch wieder in Gang zu bringen, das zwischen den beiden Ländern

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZ-BLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>14</sup> Korrigiert aus: „sowohl die Griechen und den Türken“.

<sup>15</sup> Das amerikanische Außenministerium gab am 4. Juli 1964 bekannt, daß der ehemalige Außenminister Acheson im Auftrag des Präsidenten Johnson nach Genf reisen werde, um die Verhandlungen des Vermittlers der UNO, Tuomioja, zur Beilegung des Zypern-Konflikts zu unterstützen. Vgl. dazu den Artikel „Jetzt soll Acheson im Zypern-Konflikt vermitteln“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 153 vom 6. Juli 1964, S. 1.

Zur Ernennung des Vermittlers der UNO in der Zypern-Krise vgl. Dok. 71, Anm. 7.

<sup>16</sup> Zu den Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten über eine Neutralisierung von Vietnam, Kambodscha und Laos vgl. besonders Dok. 44.

<sup>17</sup> Der französische Staatspräsident empfing am 29. Juni 1964 den griechischen Ministerpräsidenten Papandreu und am 1. Juli 1964 den türkischen Ministerpräsidenten Inönü zu Gesprächen im Elysée-Palast. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 150 bzw. Z 164.

Botschafter Klaiber, Paris, berichtete am 10. Juli 1964, von französischer Seite sei bestätigt worden, daß Staatspräsident de Gaulle dem türkischen Ministerpräsidenten den „Gedankengang von einem Anschluß Zyperns an Griechenland unter Garantie der vier Großmächte USA, Frankreich, Großbritannien und Sowjetunion für den Schutz der türkischen Minderheit“ unterbreitet habe. Vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 420; B 150, Aktenkopien 1964.

abgebrochen sei. Die Türken schienen davon auszugehen, daß die Anwendung von Gewalt unvermeidlich sei, während die Griechen glaubten, daß jede Verhandlung eine Kapitulation vor ihrem endgültigen Ziel, einer Enosis<sup>18</sup>, sei. Die amerikanische Regierung habe deswegen eine sehr deutlich formulierte Note an den türkischen Ministerpräsidenten gerichtet und ihn vor den Gefahren einer Invasion gewarnt.<sup>19</sup> Sie werde es nicht zulassen, daß etwas Derartiges geschehe, und durch die Entsendung von Herrn Acheson sei auch das amerikanische Engagement zum Ausdruck gekommen.<sup>20</sup>

Der Botschafter übermittelte sodann den Wunsch des amerikanischen Präsidenten, daß die Bundesregierung sobald wie möglich eine Erklärung über ihre Hilfsbereitschaft für Südvietnam veröffentlichen möge.<sup>21</sup> Dies würde die Position der südvietnamesischen Regierung stützen, und außerdem könnte die amerikanische Regierung gegenüber dem Kongreß darauf hinweisen, daß sich neben den Vereinigten Staaten auch andere Länder um eine aktive Hilfe für Südvietnam bemühten. Der Botschafter überreichte eine Liste, die Wünsche der südvietnamesischen Regierung enthielt<sup>22</sup>, und bemerkte, daß das eine oder andere Projekt sicher mit Nutzen von den Deutschen übernommen werden könnte. Er betonte noch einmal, daß eine baldige öffentliche Erklärung sehr begrüßt würde, und wies darauf hin, daß ein erheblicher Bedarf an Wirtschaftshilfe bestehe und in erster Linie an Zuwendungen gedacht werden müsse, da die Möglichkeiten der südvietnamesischen Regierung, Anleihen aufzunehmen, sehr begrenzt seien.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte sodann den Botschafter, ob die amerikanische Regierung oder der amerikanische Präsident schon konkrete Vorstellungen hätten darüber, wie sich die Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich einmal lösen ließen.

<sup>18</sup> Griechisch: Vereinigung. Der Begriff geht in seiner politischen Bedeutung auf die im 19. Jahrhundert aus dem Widerstand gegen die osmanische Herrschaft entstandene Enosis-Bewegung der griechischen Bevölkerungsmehrheit auf Zypern zurück, die für eine staatliche Vereinigung mit Griechenland eintrat.

<sup>19</sup> Zu den Schreiben des Präsidenten Johnson vom 2. Juli 1964 an die Ministerpräsidenten der Türkei und Griechenlands, Inönü und Papandreu, vgl. den Artikel „Johnson Renews Plea to Premiers for Cyprus Talks“; THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 38880 vom 6. Juli 1964, S. 1 f.

<sup>20</sup> Am 7. Juli 1964 bekräftigte Botschaftsrat Kidd gegenüber Ministerialdirigent Böker die Besorgnisse der amerikanischen Regierung hinsichtlich Zyperns. Ein Scheitern der Vermittlungsbemühungen der UNO, so hielt Böker von den Ausführungen fest, „würde die NATO in eine schwere Krise stürzen. Die vereinte Einwirkung aller verantwortungsbewußten NATO-Mitglieder auf die beiden streitenden Parteien könne von entscheidender Bedeutung sein. Man werde in dieser Sache wohl bald wieder auf uns zukommen.“ Für die Aufzeichnung von Böker vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 48; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>21</sup> Vgl. dazu bereits Dok. 130.

In einem Gespräch mit Ministerialdirigent Böker wiederholte Botschafter McGhee am 8. Juli 1964 nachdrücklich den Wunsch nach einer Erklärung der Bundesregierung. Zu den Hintergründen äußerte bei derselben Gelegenheit der Unterstaatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Harriman, „für Präsident Johnson sei eine öffentliche deutsche Unterstützung in der Vietnam-Frage im Hinblick auf die Wahlen von größter Bedeutung“. Für den Vermerk von Böker vom 9. Juli 1964 vgl. Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 121; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>22</sup> Vgl. VS-Bd. 8831 (III B 7).

Zum amerikanischen Drängen auf Unterstützung der Republik Vietnam (Südvietnam) durch die Bundesrepublik vgl. weiter Dok. 196.

Der *Botschafter* sagte, hierauf könne er noch nichts Konkretes sagen, doch wolle er aus Washington entsprechende Auskünfte einholen. Er betonte, daß die Amerikaner den Franzosen gegenüber immer aufgeschlossen gewesen seien und daß Präsident Kennedy gern mit Präsident de Gaulle zusammengetroffen wäre. Vor der Wahl werde dies für Präsident Johnson nicht möglich sein, doch glaube er, daß nach den Wahlen Johnson zu einer Begegnung mit de Gaulle bereit sein würde. Die bisherige Enttäuschung habe darin bestanden, daß de Gaulle starr und unnachgiebig gewesen sei und ein Eingehen auf seine Vorschläge bedeutet hätte, daß die amerikanische Regierung grundsätzliche und wesentliche eigene Positionen hätte aufgeben müssen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, wenn de Gaulle erkenne, daß es ihm nicht gelinge, zu seinem Ziel zu gelangen, so halte er ihn für anpassungsfähig und pragmatisch genug, daß er sagen werde, er habe versucht, zusammen mit den Deutschen Europa aufzubauen, doch hätten diese nicht mitgespielt. Nunmehr wolle er versuchen, seinen Frieden mit den Vereinigten Staaten zu schließen. Dann stelle sich die Frage, wo Deutschland bleibe.

Der *Botschafter* erwiderte, er könne dem Herrn Bundeskanzler versichern, daß sich die Vereinigten Staaten niemals mit Frankreich auf Kosten der Bundesrepublik arrangieren würden. Die Amerikaner könnten de Gaulle nicht als Vertreter und Sprecher Europas akzeptieren. Daran seien bisher die Bemühungen gescheitert.

Der Herr *Bundeskanzler* führte weiter aus, wenn sich aus neuen Bemühungen eine Art besonderen Verhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und der Bundesrepublik ergäbe, so wäre dies für die anderen europäischen Länder nicht so abstoßend wie ein deutsch-französischer Zusammenschluß, und sie würden sich unter dieser Konstruktion wahrscheinlich geborgen fühlen. Wenn es aber de Gaulle darum ginge, dann hätte er dies in der NATO schon längst haben können. Nachdem de Gaulle in dem Bonner Gespräch nun ganz klar geworden sei, daß die Deutschen sein Spiel nicht mitmachten, werde er sich nun andere Wege und Möglichkeiten überlegen.

Die Unterredung endete gegen 13 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 9

190

**Staatssekretär Carstens an Bundesminister Dahlgrün**

St.S. 846/64

6. Juli 1964<sup>1</sup>

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

der britische Botschafter<sup>2</sup> sprach mich heute auf die Verhandlungen über ein neues Devisenhilfeabkommen mit Großbritannien an.<sup>3</sup> Er bat namens seiner Regierung dringend darum, daß die Bundesregierung der britischen Regierung möglichst bald eine Antwort auf den Abkommensentwurf<sup>4</sup> zuleiten möge, den Boyd Carpenter Ihnen am 21. Mai 1964 übergeben habe. Die englische Öffentlichkeit beginne wegen dieser Frage unruhig zu werden, zumal sie den Eindruck habe, daß wir sowohl mit den Amerikanern wie mit den Franzosen weitere Gespräche führen, während die Verhandlungen mit England stockten. Der Botschafter verwies in diesem Zusammenhang auf das Communiqué über den Washington-Besuch des Herrn Bundeskanzlers<sup>5</sup> und auf die Erklärungen des Sprechers der Bundesregierung, daß die Bundeswehr in Frankreich für 900 Mio. DM Waffen kaufen werde.<sup>6</sup> Schließlich übergab mir der Botschafter den beigefügten Sprechzettel<sup>7</sup>, von dem er ausdrücklich betonte, daß es sich nicht um eine offizielle Mitteilung der britischen Regierung an die Bundesregierung handele, sondern um eine Aufzeichnung, die für ihn, den Botschafter, bestimmt sei, und die er an mich lediglich als Gedächtnisstütze weiterleite.

Ich habe dem Botschafter geantwortet, ich würde mich darum bemühen, daß die britische Regierung so bald wie möglich eine Antwort erhalte.

Die von dem Botschafter erwähnten Gespräche mit den Amerikanern und Franzosen hätten allerdings in der Substanz nicht Neues ergeben. Das Washingtoner Communiqué wiederhole lediglich eine bereits vorher zwischen Herrn Bundesminister von Hassel und Herrn McNamara getroffene Vereinba-

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Das Schreiben wurde am 7. Juli 1964 auch an Bundesminister Schröder, an Staatssekretär Lahr und zur weiteren Veranlassung an Ministerialdirektor Sachs geleitet. Für Schröder vermerkte Staatssekretär Carstens: „Botschafter Roberts bat mich, Ihnen zu sagen, daß er beauftragt sei, auch Sie in dieser Angelegenheit aufzusuchen.“

<sup>2</sup> Frank K. Roberts.

<sup>3</sup> Zur Frage einer Devisenhilfe für Großbritannien vgl. zuletzt Dok. 115.

<sup>4</sup> Für den britischen Vorschlag vom 21. Mai 1964 zur Formulierung eines Abkommens mit der Bundesrepublik über Devisenhilfe vgl. Referat III A 5, Bd. 385.

<sup>5</sup> Der entsprechende Passus des Communiqués vom 12. Juni 1964 lautete: „Der Präsident drückte dem Bundeskanzler seine Anerkennung für die deutsche Hilfe bei den Bemühungen der Vereinten Staaten aus, ihre Zahlungsbilanz auszugleichen.“ Vgl. BULLETIN 1964, S. 866.

<sup>6</sup> Zur Erklärung des Chefs des Presse- und Informationsamtes, von Hase, vom 5. Juli 1964 vgl. den Artikel „Das Ziel: ein geeintes Europa“; DIE WELT, Nr. 154 vom 6. Juli 1964, S. 1.

<sup>7</sup> Dem Vorgang beigefügt. In dem Schriftstück wurden die wachsende Besorgnis der britischen Regierung wegen der stagnierenden Verhandlungen und die besondere Bedeutung einer baldigen Übereinkunft für die deutsch-britischen Beziehungen hervorgehoben. Vgl. Büro Staatssekretär, Bd. 390.

rung<sup>8</sup>. Auch die erwähnten Käufe der Bundeswehr in Frankreich seien nicht etwa während des de Gaulle-Besuchs in Bonn vereinbart worden, vielmehr handele es sich um eine ältere Planung. Außerdem sei nicht gesagt, auf welchen Zeitraum sich die genannte Ziffer von 900 Mio. DM beziehe.

Ich darf Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, von dem Verlauf dieses Gesprächs unterrichten, da, wie ich annehme, die Angelegenheit erneut im Kabinett behandelt werden wird.<sup>9</sup>

Dem Herrn Bundesminister der Verteidigung und dem Herrn Bundesminister Westrick übersende ich je einen Durchdruck dieses Schreibens.

Mit verbindlichen Empfehlungen

gez. Carstens

Büro Staatssekretär, Bd. 390

191

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I B 5-83.00/92.07/1964/64 VS-vertraulich

6. Juli 1964<sup>1</sup>

Betr.: Politische Wünschbarkeit und evtl. Bedingungen einer Wiederaufnahme der deutschen Wirtschaftshilfe an Ceylon

Bezug: Drahtbericht Nr. 105 vom 22. Juni 1964 und Schriftbericht (mit Kurzfassung) vom 18. Juni 1964 aus Colombo<sup>2</sup>

#### I. Analyse und Petitum der Botschaft

##### 1) Die Einstellung der deutschen Wirtschaftshilfe<sup>3</sup> in der Sicht der Botschaft

Nach Ansicht Botschafter Schwörbels war die Einstellung der deutschen Wirtschaftshilfe an Ceylon eine von vornherein zum Scheitern verurteilte, wirtschaftlich bedeutungslose und politisch in Ceylon wie in der übrigen

<sup>8</sup> Zum deutsch-amerikanischen Protokoll vom 11. Mai 1964 über einen Devisenausgleich in den Jahren 1965/66 und 1966/67 vgl. Dok. 125, besonders Anm. 2.

<sup>9</sup> In der Sitzung vom 10. Juli 1964 beschloß das Bundeskabinett, bei den weiteren die Devisenhilfe betreffenden Gesprächen mit Großbritannien von einem Gesamtvolume von 700 Mio. DM für die Laufzeit von zwei Jahren auszugehen. Davon waren 500 Mio. DM für den Kauf von militärischen und 200 Mio. DM für den Kauf von zivilen Gütern veranschlagt, wobei hinsichtlich der letzteren ein Verhandlungsspielraum zur Erhöhung auf 300 Mio. DM vorgesehen wurde. Für die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Balken vom 23. Juli 1964 vgl. Referat III A 5, Bd. 385.

Zur Devisenhilfe für Großbritannien vgl. weiter Dok. 199.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse von Fischer-Lossainen und Legationsrat Hofmann konzipiert.

<sup>2</sup> Vgl. Referat I B 5, Bd. 8.

<sup>3</sup> Zur Einstellung der Entwicklungshilfe an Ceylon als Reaktion auf die Errichtung eines Generalkonsulats der DDR in Colombo vgl. Dok. 53, Anm. 8.

blockfreien Welt schädliche Maßnahme, die in Ceylon heute wie ein „Odium“ wirkt, die SBZ geradezu „aufwertet“ und die Botschaft zwingt, mit „ungleichen Waffen zu kämpfen“. Der deutsche Rückzug ermögliche es der SBZ, ein Vakuum auszufüllen. Gleichzeitig habe man Ceylon in den Stand gesetzt, vor aller Welt zu demonstrieren, daß es sich recht gut auch ohne deutsche Wirtschaftshilfe auskommen läßt. Diese Situation könne – wenn man die ceylonesische Verärgerung und die sowjetische Lobby zugunsten der SBZ zusätzlich in Rechnung stellt – bald zu einer Vollanerkennung der Zone führen.

## 2) Die Petiten der Botschaft

Botschafter Schwörbel, der bereits vor seiner Ausreise<sup>4</sup> und zwischenzeitlich wiederholt eine Normalisierung des deutsch-ceylonesischen Verhältnisses befürwortet hatte, zieht in seinem als grundlegend angekündigten Schriftbericht den Schluß, daß es politisch erforderlich sei, die deutsche Wirtschaftshilfe alsbald wieder aufzunehmen. Gleichzeitig stellt er in dem Bezugsdrahtbericht die Frage, unter welchen Vorbedingungen ein deutsches Einlenken in Frage kommt. Für den Fall, daß die deutsche Ceylonpolitik nicht revidiert und die SBZ voll anerkannt werden sollte, befürwortet Botschafter Schwörbel bereits vorsorglich, mit unseren Alliierten die Maßnahmen gegen Ceylon abzustimmen; denn auch dann werde es nur möglich sein, bei eventuellem Abbruch der diplomatischen Beziehungen eine weitere Isolierung der Bundesrepublik Deutschland zu vermeiden, wenn der Westen „an einem Strang ziehe“.

## II. 1) Die politische Wünschbarkeit der Wiederaufnahme der deutschen Wirtschaftshilfe an Ceylon

Abteilung I teilt weder die Ansicht der Botschaft, daß die Einstellung der deutschen Wirtschaftshilfe versagt hat, noch daß es – das Versagen unterstellt – politisch wünschenswert wäre, das Steuer herumzureißen.

### a) Hat die Einstellung der Wirtschaftshilfe versagt?

Ob die Einstellung der Wirtschaftshilfe versagt hat, kann nur ermessen werden, wenn die Ergebnisse der Maßnahme mit den von ihr verfolgten Zwecken verglichen werden. Bei Anlegung dieses Maßstabs scheint es nicht schlüssig zu sein, wenn die Botschaft darauf hinweist, daß die ceylonische Wirtschaft nicht zusammengebrochen ist und die ceylonische Regierung keinen Gesinnungswandel durchgemacht hat; denn beides wurde von uns gar nicht erwartet. Es war dem Bundeskabinett bei seinem Einstellungsbeschuß völlig klar, daß die sehr prestigebewußte jetzige ceylonische Regierung sich durch wirtschaftliche Maßnahmen selbst dann nicht zur Umkehr zwingen lassen würde, wenn sie sehr viel bedeutender als die Einstellung der deutschen Wirtschaftshilfe wären; hatte doch Ceylon auch auf die Einstellung der gesamten übrigen westlichen Hilfe<sup>5</sup> (außer Kanadas<sup>6</sup>) zuvor nicht reagiert. Angesichts der dok-

<sup>4</sup> Botschafter Schwörbel traf am 7. April 1964 in Colombo ein.

<sup>5</sup> Dazu vermerkte Ministerialdirektor Jansen handschriftlich: „wegen Enteignungsmaßnahmen“. Wegen der entschädigungslosen Verstaatlichung von Anlagen amerikanischer Ölfirmen, stellten die USA im Februar 1963 ihre Entwicklungshilfe für Ceylon ein. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 54; AdG 1963, S. 10406.

<sup>6</sup> Zur kanadischen Entwicklungshilfe für Ceylon vgl. den Bericht des Botschafters Schwörbel, Colombo, vom 25. Juni 1964; Referat I B 5, Bd. 8.

trinären (sozialistischen), ideologischen (buddhistischen) und nationalistischen (singalesischen) ceylonischen Politik war vielmehr sogar mit einer Gelegenmaßnahme in Form der Anerkennung der SBZ gerechnet und dieses Risiko in Kauf genommen worden.

Die Einstellung der Wirtschaftshilfe bezweckte in erster Linie vielmehr durch Ausweitung des Instrumentariums der Hallstein-Doktrin<sup>7</sup> im Vorfeld der Anerkennung der SBZ eine günstige Rückwirkung auf diejenigen neutralen Staaten, die mit einer schrittweisen weiteren Aufwertung der SBZ nach dem Vorbild Ceylons liebäugelten. Gleichzeitig sollte die deutsche Politik der Eindämmung der SBZ ganz allgemein neue Glaubwürdigkeit gewinnen. Dieser Zweck wurde zumindest in einigen, nüchtern denkenden Staaten (besonders in Indien) erreicht. Gerade die blockfreien Länder haben nicht für Ceylon Partei ergriffen, weil es ihnen durchaus einleuchtete, daß die Bundesregierung ihrem Hilfsprogramm den Maßstab freundschaftlicher Beziehungen zugrundelegen muß und daß auch Deutschland ein Gesicht zu verlieren hat.

b) Die objektive Bedeutung der deutschen Wirtschaftshilfe an Ceylon

Im übrigen erscheinen die Darlegungen der Botschaft zur wirtschaftlichen Bedeutung der Einstellung der deutschen Wirtschaftshilfe auch nicht ganz frei von Widersprüchen zu sein.

Während Botschafter Schwörbel einerseits darlegt, die deutsche Wirtschaftshilfe sei ohnedies bedeutungslos gewesen und Ceylon habe eine gute Chance, einen Aufstieg aus eigenen Kräften zu erleben, impliziert er an anderer Stelle den Wert der deutschen Wirtschaftshilfe und die Ausweglosigkeit der ceylonesischen Situation. So geht er davon aus, daß der Wegfall der deutschen Hilfe ein „Vakuum“ geschaffen hat und daß die SBZ mit ihrem Kreditangebot<sup>8</sup> eine „Waffe“ besitzt. Die Botschaft würde auch kaum leugnen wollen, daß die deutsche Hilfe für Indien dort von erheblicher Bedeutung ist. Tatsächlich lag die deutsche Wirtschaftshilfe für Ceylon aber bisher (pro Kopf) höher als in Indien und höher als selbst das Kreditangebot der SBZ. Zusammen mit dem gleichzeitig ausgelösten Rückzug der deutschen Privatwirtschaft dürfte die Einstellung der Wirtschaftshilfe (sobald sie sich überhaupt erst richtig auswirkt) daher durchaus in Ceylon gespürt werden. Damit besitzt die Botschaft aber bereits jetzt dieselben Waffen wie die SBZ, die – wie die Botschaft – bisher lediglich mit der ceylonesischen Hoffnung auf künftige (bzw. wieder aufzunehmende) Wirtschaftshilfe operiert.

Die deutsche Wirtschaftshilfe hatte auch in der vorausgegangenen Berichterstattung eine andere Bewertung erfahren. Botschafter Schwörbel hatte bisher dargelegt, daß sie notwendig sei, um die ceylonesische Demokratie zu retten. Abteilung I schließt sich dieser Beurteilung des Botschafters und seiner Dar-

<sup>7</sup> Zur Hallstein-Doktrin vgl. Dok. 46, Anm. 15.

<sup>8</sup> Anlässlich des Besuchs des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR, Leuschner, vom 7. bis 14. Februar 1964 in Ceylon wurde der ceylonesischen Regierung ein Kredit in Höhe von 80 Mio. Rupien mit zehnjähriger Laufzeit angeboten. Vgl. dazu den Bericht des Legationsrats I. Klasse Ramisch, Colombo, vom 20. Februar 1964; Referat III B 7, Bd. 123.

Zum Besuch des Stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR in Ceylon vgl. Dok. 53, Anm. 7 und 8.

stellung auf S. 6<sup>9</sup> (nicht jedoch den auf S. 8 eingeräumten Prognosen<sup>10</sup>) an, wonach die gegenwärtige ceylonesische Wirtschaftslage so verfahren ist, daß jede noch so geringe devisenbringende westliche Hilfe zur Zeit für Ceylon von besonderem Wert ist. Dies wird um so deutlicher, wenn man bedenkt, daß Botschafter Schwörbel bei der Errechnung des prozentualen deutschen Beitrags (S. 3)<sup>11</sup> außer Ansatz ließ, daß es sich bei der übrigen westlichen Hilfe fast ausschließlich um in der Vergangenheit abgeschlossene Projekte handelt, während die Bundesrepublik Deutschland erst relativ spät, dann aber fast alleinstehend, die Entwicklungshilfe aufgenommen und noch unerfüllte Zusagen gegeben hatte.

Schließlich deutete Botschafter Schwörbel in der jüngeren Berichterstattung sogar an, daß die Wiederaufnahme der deutschen Wirtschaftshilfe (bzw. das Inaussichtstellen) von Ceylon auf der Kairoer Konferenz<sup>12</sup> honoriert werden könnte.<sup>13</sup> Auch dies setzt voraus, daß der deutschen Hilfe eine an anderer Stelle geleugnete Rolle zukam.

## 2) Die Bedingungen einer Aufnahme der deutschen Wirtschaftshilfe

### a) Bedingungslose Wiederaufnahme

Die Einstellung der Wirtschaftshilfe war nach hiesigen Beobachtungen ein politischer Erfolg und hat vor allem neutrale Staaten aufhorchen lassen. Aber selbst dann, wenn die Einstellung der Wirtschaftshilfe bei Anlegen des entscheidenden Maßstabes (Wirkung auf dritte Staaten!) hätte als ein Versagen betrachtet werden müssen, hätte daraus durchaus nicht ohne weiteres der Schluß gezogen [werden] können, daß nunmehr ein Widerruf das politisch Richtige wäre. Es müßte dann vielmehr befürchtet werden, daß gerade der Widerruf von neuer Schädlichkeit wäre. Dies wäre bei Ceylon der Fall; denn die bedingungslose Wiederaufnahme der Wirtschaftshilfe liefe auf eine Einladung an alle neutralen Staaten hinaus, dem „mutigen“ Vorgehen Ceylons zu folgen. Die Bundesregierung würde damit gerade das tun, wovon die Botschaft

<sup>9</sup> Auf Seite 6 des Berichts vom 18. Juni 1964 wurde lediglich dargelegt, daß wegen des Auslaufens bedeutender Entwicklungshilfe-Projekte im Jahr 1964 der Eindruck entstehe, „als ob die Bundesrepublik dabei sei, systematisch wichtige Positionen in Ceylon zu räumen“. Ferner habe es den Anschein, „daß das Interesse der deutschen Wirtschaft am Handel mit Ceylon – auch am Export nach Ceylon – nicht mehr sonderlich groß ist“. Vgl. Referat I B 5, Bd. 8.

<sup>10</sup> Auf Seite 8 des Berichts vom 18. Juni 1964 begründete Botschafter Schwörbel, Colombo, die von ihm für wahrscheinlich gehaltene Möglichkeit, „daß es Ceylon gelingt, seine wirtschaftliche Lage in absehbarer Zeit zu verbessern“. Vgl. Referat I B 5, Bd. 8.

<sup>11</sup> Auf Seite 3 des Berichts vom 18. Juni 1964 wurde zu der insgesamt als „relativ unbedeutend“ beurteilten Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für Ceylon ausgeführt: „Sie hatte einen Gesamtwert von ca. 57 Mio. R[upie]s, das sind etwas weniger als 5 % der ausländischen Wirtschaftshilfe, die Ceylon bis Mitte 1963 zugesagt worden war. In dem Betrag sind echte Geschenke (grants) der Bundesrepublik nur mit 9 Mio. R[upie]s (= 2,3 % aller „grants“) enthalten.“ Vgl. Referat I B 5, Bd. 8.

<sup>12</sup> Zu der für Oktober 1964 geplanten Konferenz der blockfreien Staaten vgl. Dok. 65, Ann. 6. Vgl. dazu auch Dok. 275.

<sup>13</sup> Mit Drahtbericht vom 9. Juni 1964 informierte Botschafter Schwörbel, Colombo, über ein Gespräch mit dem ceylonesischen Landwirtschaftsminister Felix R. D. Bandaranaike, in dem er einen Zusammenhang zwischen der Politik der Bundesregierung und der die Deutschland-Frage betreffenden Haltung Ceylons auf der geplanten Konferenz der blockfreien Staaten in Kairo herstellte. Vgl. Referat I B 5, Bd. 8.

abrät, wenn sie fordert, daß Drohungen Taten folgen müßten, um nicht auf den Drogenden zurückzuschlagen.

Im Falle eines deutschen Einlenkens wäre es nutzlos, eventuell Ceylons Stimme auf der Kairoer Konferenz erkauft zu haben; denn eine weiche deutsche Politik in Ceylon würde laut gegen uns sprechen, unser Vorgehen in der gesamten übrigen blockfreien Welt automatisch präjudizieren und damit einen etwa in Ceylon errungenen Vorteil zunichte machen.

Abteilung I rät daher von einer unbedingten Wiederaufnahme der Wirtschaftshilfe selbst auf die Gefahr hin ab, daß ein oder das andere Land aus Ceylons künftigem Kurs den Schluß ziehen sollte, daß es „auch ohne deutsche Hilfe geht“. In dem Maße, in dem die uns treuen Länder nach den Grundsätzen des Runderlasses vom 18. Juni 1964 – II 1-80.00 VS-NfD<sup>14</sup> – im deutschen Hilfsprogramm auf Kosten der mit der SBZ kooperierenden Länder künftig bevorzugt werden, wird auch dieses Argument zum Schweigen kommen.

#### b) Bedingte Wiederaufnahme

Abteilung I begrüßt die Initiative der Botschaft insofern, als es ständiger Überlegungen wert ist zu prüfen, auf welche Weise es möglich wäre, dem deutsch-ceylonesischen Verhältnis erneut eine freundschaftliche Note zu geben, ohne gleichzeitig unserer Gesamtpolitik und unseren Beziehungen zur ceylonesischen Rechtsopposition zu schaden.

#### aa) Der Zeitpunkt der Annäherung

Der jetzige Zeitpunkt scheint für deutsche Einlenkungsversuche nicht glücklich gewählt zu sein, da

- (i) die ceylonesische Regierung noch immer nicht offiziell auf die Einstellung der Wirtschaftshilfe reagiert hat,
- (ii) die Kairoer Konferenz bevorsteht,
- (iii) das für die Wirtschaftsbeziehungen jetzt maßgebliche Finanzministerium in Ceylon soeben von einem Kommunisten übernommen wurde.<sup>15</sup>

Es besteht zwar kein Zweifel daran, daß die ceylonesische Regierung (ebenso wie wir) grundsätzlich an einer Normalisierung der Lage interessiert ist. Ceylon würde wohl sogar auch dann noch gerne mit uns in einem guten Verhältnis stehen, wenn es die SBZ anerkannt haben würde. Gerade wegen dieses mangelnden Verständnisses für die deutsche Lage ist es jedoch besonders wichtig, vorzeitige Gesten politischer Wiederannäherung zu vermeiden; denn nach den bisherigen Erfahrungen mit der Denkweise Bandaranaike und ihrer Umgebung muß sonst befürchtet werden, daß unsere ernstliche Verstimung als eine sich von selbst normalisierende Angelegenheit angesehen wird, die Ceylon zu nichts verpflichtet.

Im übrigen sollte die Bundesrepublik Deutschland auch gerade im Hinblick auf die Kairoer Konferenz nicht vorleisten, sondern der ceylonesischen Regie-

<sup>14</sup> Vgl. Dok. 171.

<sup>15</sup> Am 11. Juni 1964 wurden in das bis dahin ausschließlich aus Mitgliedern der „Sri Lanka Freedom Party“ bestehende Kabinett der Ministerpräsidentin Bandaranaike drei Minister der trotzkistischen „Lanka Sama Samaja Party“ aufgenommen, darunter deren Vorsitzender Perera als Finanzminister. Vgl. dazu den Artikel „Trotskyites Get Key Posts in Ceylon Coalition“; THE TIMES, Nr. 56036 vom 12. Juni 1964, S. 9.

rung in Hoffnung auf künftige deutsche Hilfe die Chance geben, auf der Konferenz ohne den Eindruck eines Stimmenkaufs ihren guten Willen vorab unter Beweis zu stellen.

Das Anknüpfen freundlicher Beziehungen könnte schließlich von niederschmetternder moralischer Wirkung auf die ceylonesische Rechtspartei sein, da eine deutsch-ceylonesische Aussöhnung jetzt unmittelbar der Linkskoalition Bandaranaike mit den Trotzkisten Dr. Pereras auf dem Fuße folgen würde, und dies im letzten Jahr vor den Parlamentswahlen<sup>16</sup>. Abteilung I erwartet daher nach wie vor, daß Botschafter Schwörbel sich dazu versteht, falsch zu interpretierende Gesten der Freundlichkeit bis auf weiteres zu unterlassen.<sup>17</sup>

#### bb) Die zu stellenden Bedingungen im einzelnen

Aus dem oben Gesagten ergibt sich, daß eine Normalisierung des deutsch-ceylonesischen Verhältnisses politisch nur wünschenswert ist, wenn sie

- nicht aufgrund deutscher Vorleistung erfolgt,
- die ceylonesische Regierung öffentlich und für eine gewisse Zeit festlegt,
- in der blockfreien Welt als eine uns günstige Standpunktveränderung der ceylonesischen Regierung in der Deutschlandfrage empfunden wird.

Sollte Ceylon daher die Initiative zu einer Normalisierung ergreifen, sollte deutscherseits im einzelnen folgendes erstrebtt werden:

#### SBZ-Generalkonsulat

Oberstes Ziel unserer Ceylon-Politik muß die Beseitigung des SBZ-Generalkonsulats sein. Allerdings kann es von Frau Bandaranaike aus innenpolitischen Gründen wohl zur Zeit nicht erwartet werden, daß das Generalkonsulat sofort auf eine Handelsmission zurückgestuft wird. Hingegen erscheint es zumutbar, von der ceylonesischen Regierung zu verlangen, daß sie

- (i) es dem SBZ-Generalkonsulat strikt verbietet, die Spalterflagge<sup>18</sup> zu zeigen und politisch zu agitieren,
- (ii) zusichert, die Zulassung des SBZ-Generalkonsulats sofort zurückzuziehen, falls wir nachweisen, daß gegen das Verbot (oben i) verstößen wird.

Als optimales Verhandlungsziel könnte auf eine vertrauliche Zusage hingearbeitet werden, bei einer künftigen Versetzung des SBZ-Generalkonsuls einen neuen Konsul nicht zuzulassen („Verfall“ des Generalkonsulats).

#### Deutschlanderklärung

- Es müßte verlangt werden, daß Frau Bandaranaike bei nächster Gelegenheit eine öffentliche Erklärung abgibt, in der die Wiedervereinigung auf der Grundlage der Zuerkennung des Selbstbestimmungsrechts befürwortet wird;
- die ceylonesische Regierung sollte schließlich zusagen, die SBZ nicht mehr

<sup>16</sup> Die Wahlen zum ceylonesischen Parlament fanden am 22. März 1965 statt.

<sup>17</sup> Dieser Satz wurde von Ministerialdirektor Jansen hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen am Rand.

<sup>18</sup> Durch Gesetz vom 1. Oktober 1959 wurde das Wappen von Hammer und Zirkel im Ährenkranz Bestandteil der Flagge der DDR. Während bis dahin die Bundesrepublik und die DDR die gleiche Fahne geführt hatten, war seitdem die Spaltung Deutschlands auch in der Verschiedenheit der Flaggen sichtbar. Für das „Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Staatswappen und die Staatsflagge der DDR“ vgl. DzD IV/3, S. 308 f.

als „Staat“ oder ein sonstiges souveränes Gebilde und die Bundesregierung als die einzige frei gewählte und legitime Regierung in Deutschland zu bezeichnen.

#### Deutschlandbesuch

Der Besuch Bandaranaike in Deutschland<sup>19</sup> sollte unter der Voraussetzung stattfinden, daß Frau Bandaranaike zusagt, die gewünschten Erklärungen in Deutschland zu wiederholen bzw. abzugeben.

Sollte im Verlauf eines Gespräches auf ceylonesischer Seite keine Bereitschaft zu erkennen sein, die deutschen Wünsche zu akzeptieren – etwa weil es einen zu großen „Gesichtsverlust“ bedeuten würde – sollten die Gespräche vorläufig wieder mit dem Hinweis unterbrochen werden, daß auch die Bundesregierung „Gesicht“ zu verlieren hat und daß für uns weit mehr auf dem Spiel steht als das deutsch-ceylonesische Verhältnis.<sup>20</sup>

#### cc) Das Prozedere

Erste Gespräche über die Bereitschaft zum gegenseitigen Einlenken und die deutschen Bedingungen hierfür sollten – wenn der richtige Zeitpunkt gekommen ist – von einer noch zu bestimmenden Stelle in Bonn geführt werden, unter anderem um dem hiesigen Botschafter<sup>21</sup> Gelegenheit zu geben, seine Position gegenüber seiner Regierung in Korrektur vergangener Fehler wieder aufzubauen.<sup>22</sup>

III. Abteilung I schlägt daher vor, der Herr Staatssekretär möchte der Botschaft Colombo die anliegende Drahtweisung<sup>23</sup> erteilen.

Abteilung III und Referat II 1 haben mitgezeichnet.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär<sup>24</sup> vorgelegt.

Jansen

Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 118

<sup>19</sup> Ministerpräsidentin Bandaranaike war am 4. Februar 1961 durch Bundesminister von Merkatz anlässlich seines Aufenthalts in Ceylon eine Einladung der Bundesregierung übermittelt worden. Nach mehrmaliger Verschiebung wurde der Besuch für den Juli 1964 in Aussicht genommen, jedoch wegen der gespannten deutsch-ceylonesischen Beziehungen erneut zurückgestellt. Vgl. dazu Referat I B 5, Bd. 30.

Ein Besuch der ceylonesischen Ministerpräsidentin in der Bundesrepublik kam bis zu ihrem Rücktritt nach den Parlamentswahlen am 22. März 1965 nicht mehr zustande.

<sup>20</sup> Der Passus „sollten die Gespräche ... deutsch-ceylonesische Verhältnis“ wurde von Ministerialdirektor Jansen hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen am Rand.

<sup>21</sup> Benjamin F. Perera.

<sup>22</sup> Zur Frage einer Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für Ceylon vgl. weiter Dok. 299.

<sup>23</sup> Dem Vorgang beigelegt. In dem am 4. August 1964 mit geringfügigen Änderungen abgesandten Drahterlaß wurde die Botschaft angewiesen, „gegenüber den Ceylonesen bis auf weiteres Gesten und Initiativen zu unterlassen, die als deutsche Einlenkungsversuche gedeutet werden könnten“. Zu einer möglichen Wiederaufnahme der Entwicklungshilfe sollte erklärt werden, daß zuvor ein Entgegenkommen Ceylons in der Deutschland-Frage notwendig sei. Vgl. Abteilung I (I B 5), VS-Bd. 118; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>24</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 4. August und Staatssekretär Lahr am 8. August 1964 vorgelegen.

192

## Aufzeichnung des Staatssekretärs Lahr

St.S. 1313/64 geheim

9. Juli 1964

Betr.: Französische Kreditpolitik gegenüber der Sowjetunion<sup>1</sup>

Aufgrund einer Verabredung zwischen Bundeswirtschaftsminister Schmücker und Minister Giscard d'Estaing suchte mich der französische Generaldirektor Bizard (entspricht etwa Ministerialdirektor Reinhardt im Bundeswirtschaftsministerium) am 8. Juli in Brüssel<sup>2</sup> auf, um mich über die jüngsten Überlegungen der französischen Regierung über die Kreditgewährung an die Sowjetunion zu unterrichten. Er teilte mit, daß sich seit einigen Wochen eine sowjetische Einkaufskommission in Paris aufhalte, um mit einer Reihe französischer Firmen, namentlich solcher der Investitionsgüterindustrie, über umfangreiche Bestellungen von Fabrikausrüstungen zu verhandeln. Vorverträge im Gesamtumfang von ungefähr 250 Millionen \$ seien abschlußreif. Die französische Industrie, die sich an diesen Aufträgen in höchstem Maße interessiert zeige, übe einen starken Druck auf die französische Regierung aus, ihr die Unterzeichnung zu ermöglichen.

Das Hauptproblem, das sich dabei für die französische Regierung ergibt, ist, daß die Sowjets in ihren Gesprächen darauf bestanden haben, Kredite von siebenjähriger Dauer, gerechnet ab Lieferung, zu erhalten. Die Industrie glaubt, alle Möglichkeiten, die Sowjets zu einer Beschränkung ihrer Kreditwünsche auf fünf Jahre<sup>3</sup> zu veranlassen, erschöpft zu haben und kann auf den sowjetischen Wunsch nur mit staatlicher Unterstützung eingehen. Herr Bizard deutete an, daß in den maßgeblichen französischen Regierungskreisen Neigung bestehe, hierauf einzugehen.<sup>4</sup> Entscheidungen seien jedoch noch nicht ergangen. Im übrigen lege man Wert darauf, unsere Reaktion zu erfahren. Er verhehlte nicht, daß es sich im Falle der Zustimmung nicht um eine einmalige Maßnahme handeln würde, sondern sich damit die Kreditpolitik gegenüber der Sowjetunion überhaupt ändern werde. Es könne damit gerechnet werden, daß in den für den Herbst vorgesehenen französisch-sowjetischen Verhandlungen über

<sup>1</sup> Zur französischen Haltung in der Frage langfristiger Kredite an die UdSSR vgl. zuletzt Dok. 153.

<sup>2</sup> Staatssekretär Lahr nahm am 8. Juli 1964 als Vertreter des Auswärtigen Amts in der Delegation der Bundesrepublik an der ersten Sitzung des Assoziationsrats der EWG und der assoziierten afrikanischen Staaten in Brüssel teil.

<sup>3</sup> Zu den in der „Berner Union“ vereinbarten Laufzeitbeschränkungen für staatlich verbürgte Kredite vgl. Dok. 50, Anm. 16.

Zur Übereinkunft der EWG-Staaten vom Oktober 1962, keine Lieferkredite mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren an Ostblock-Staaten zu gewähren, vgl. Dok. 45, Anm. 20.

<sup>4</sup> Botschafter Klaiber, Paris, berichtete am 20. Juni 1964, daß das französische Finanz- und Wirtschaftsministerium vor den im Herbst 1964 geplanten Verhandlungen über eine Verlängerung des Handelsabkommens mit der UdSSR nicht an eine Änderung der Kreditpolitik denke. Allerdings bestünden innerhalb der französischen Regierung insofern Meinungsunterschiede, als das Außenministerium geneigt scheine, „die Kreditpolitik gegenüber den Ostblockländern nach politischen Zweckmäßigkeitswägungen, wenn auch sehr vorsichtig, zu variiert“. Vgl. Referat III A 6, Bd. 288.

die Verlängerung des französisch-sowjetischen Handelsabkommens<sup>5</sup>, das an und für sich bis Ende 1965 laufe, jetzt aber schon bis Ende 1969 verlängert werden solle, ein weiterer Kreditrahmen von 250 bis 300 Millionen \$ vereinbart werde. Ich habe nachdrücklich ausgeführt, daß ich eine bejahende Entscheidung der französischen Regierung für unheilvoll hielte. Es bestehe für mich kein Zweifel, daß die Italiener dann sofort folgen würden. Auch Japan sei dann nicht mehr zu halten, wie überhaupt der siebenjährige Kredit dann die Norm bilden werde. Schließlich könnte sich auch die deutsche Regierung dann vor der Notwendigkeit sehen, ihrer Industrie entsprechende Konzessionen zu machen. Wir, d.h. Franzosen und Deutsche, seien uns bisher immer darin einig gewesen, daß eine großzügigere Kreditgewährung an die Sowjetunion (im Gegensatz zu den Satelliten-Ländern, denen beide Länder gewisse Kreditmöglichkeiten eingeräumt haben) politisch für den Westen nachteilig sei und daß sich auch wirtschaftliche Vorteile für uns hieraus nicht ergeben könnten. Frankreich könne sich vielleicht, wenn es jetzt vorpresche, einen kurzfristigen Vorsprung vor seinen Wettbewerbern verschaffen, aber die anderen würden sicherlich schnell folgen, so daß schließlich unter den westlichen Wettbewerbern die gleiche Konkurrenzlage wieder hergestellt sei, nur mit dem Unterschied, daß sich die Gesamtlage des Westens gegenüber dem Osten verschlechtert habe. Es werde im übrigen in Deutschland sicherlich besonders bedauert werden, wenn gerade Frankreich, mit dem wir uns in der Beurteilung der Sowjetpolitik besonders einig glaubten, die „course aux crédits“ eröffnen würde.

Herr Bizard versuchte, sich damit zu verteidigen, daß Frankreich zu diesem neuen Verhalten durch das Großbritanniens<sup>6</sup> gezwungen werde. Ich bestritt demgegenüber, daß Großbritannien in der Lage sei, etwa alle die Aufträge zu übernehmen, die die Sowjets jetzt mit mehr als fünfjährigen Kreditfristen in den anderen europäischen Ländern unterzubringen sich bemühen. Dies erhelle am besten aus der Tatsache, daß Großbritannien bekanntlich Kredite bis zu 15 Jahren gewähre, die Sowjets sich also gar nicht in Paris um einen siebenjährigen Kredit zu bemühen brauchten, wenn sie das gleiche Geschäft in Großbritannien mit einem 15jährigen Kredit unterbringen könnten.

Staatssekretär Neef, der an den Besprechungen teilnahm, unterstützte mich nachdrücklich in meinen Ausführungen.

Das Gespräch endete damit, daß Herr Bizard versprach, unsere Überlegungen nach Paris getreulich zu übermitteln.

Frankreich ist offensichtlich im Begriff umzufallen. Ob wir dies noch verhindern können, ist fraglich, sollte aber nicht unversucht bleiben. Ich werde am 16. Juli im zeitlichen Zusammenhang mit der WEU-Konferenz<sup>7</sup> ein Konsulta-

<sup>5</sup> Am 6. Oktober 1964 begannen in Paris Verhandlungen über ein französisch-sowjetisches Handelsabkommen für die Jahre 1965 bis 1969, dessen Unterzeichnung am 30. Oktober 1964 erfolgte. Dabei wurden zur Finanzierung der französischen Exporte Kredite mit einer Laufzeit von sieben Jahren vorgesehen. Vgl. dazu L'ANNÉE POLITIQUE 1964, S. 298f.; EUROPA-ARCHIV 1964, Z 232.

Zum Handelsabkommen vom 1. Februar 1963 zwischen Frankreich und der UdSSR vgl. Dok. 55, Anm. 3.

<sup>6</sup> Zur britischen Haltung in der Frage langfristiger Kredite an die UdSSR vgl. zuletzt Dok. 153, Anm. 16. Vgl. auch Dok 14.

<sup>7</sup> Am 16./17. Juli 1964 fand eine Sitzung des WEU-Ministerrats in Paris statt.

tionsgespräch mit Herrn Wormser führen<sup>8</sup> und möchte anregen, daß der Herr Minister mit Herrn Couve de Murville im gleichen Sinne spricht. Es dürfte sich empfehlen, Botschafter Klaiber schon vorher zu Herrn Couve de Murville zu schicken, um ihn zu bitten, vor diesem Gespräch jedenfalls keine Entscheidung zu treffen.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>9</sup> vorgelegt.

Lahr

Ministerbüro, VS-Bd. 8438

193

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 862/64

10. Juli 1964<sup>1</sup>

Betr.: Sprachregelung für den Komplex der Europäischen Politischen Union<sup>2</sup>

1) Das Projekt einer Europäischen Politischen Union, über das die sechs Mitgliedstaaten der EWG im Jahre 1961 und 1962 verhandelten<sup>3</sup>, sah eine enge Zusammenarbeit und eine Angleichung der Politik im Bereich der auswärtigen Politik, der Verteidigungspolitik und der Kulturpolitik vor. In institutioneller Hinsicht waren regelmäßige Treffen der Regierungschefs und der für die einzelnen Fachgebiete zuständigen Minister vorgesehen.

<sup>8</sup> Vgl. dazu Dok. 207.

<sup>9</sup> Hat Bundesminister Schröder vorgelegen, der am 12. Juli 1964 handschriftlich für Staatssekretär Lahr vermerkte: „Eilt! Ich werde am 16./17. [Juli] nicht in Paris sein – bin mit Vorschlag einverstanden – zusätzlich: Schreiben B[undes]k[anzler] an d[e] G[aule]!“  
Botschafter Klaiber, Paris, überreichte am 16. Juli 1964 im Elysée-Palast einen Brief des Bundeskanzlers Erhard an Staatspräsident de Gaulle. Vgl. Dok. 200.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde von Staatssekretär Carstens am 10. Juli 1964 mit dem Vorschlag der Weiterleitung an den Chef des Presse- und Informationsamtes, von Hase, an Bundesminister Schröder geleitet.

Hat Schröder am 11. Juli 1964 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Ist wohl schon geschehen“. Dazu Bestätigung von Carstens.

<sup>2</sup> Die Frage einer Wiederaufnahme der Verhandlungen über eine europäische politische Union war ein wesentliches Thema der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 in Bonn. Vgl. dazu Dok. 180–188.

<sup>3</sup> Die Regierungschefs der EWG-Staaten hatten während der Zusammenkunft in Paris am 10./11. Februar 1961 die Einsetzung einer vom französischen Botschafter Fouchet geleiteten Kommission beschlossen, die Vorschläge für die Durchführung der angestrebten Gründung einer europäischen politischen Union ausarbeiten sollte. Nachdem über die von Frankreich vorgelegten sogenannten Fouchet-Pläne vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 keine Einigung erzielt worden war, verabschiedete die Kommission am 15. März 1962 einen Vertragsentwurf, in dem neben dem zweiten Fouchet-Plan als französischem Vorschlag zu einzelnen Artikeln alternative Textvorschläge der übrigen in der Kommission vertretenen Staaten aufgeführt waren. Zu den Streitpunkten gehörten die Frage der Einrichtung eines unabhängigen Generalsekretariats der geplanten Union und die Frage der Beziehungen zu Staaten außerhalb der EWG. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 467–485.

Keine volle Einigkeit war über die Bedeutung und die Funktion des Sekretariats der Union erzielt worden.

Offen geblieben war auch die Frage, welche Art von Verbindung zu dritten, nicht der EWG angehörenden Staaten hergestellt werden sollte.

2) Im April 1962 stellte sich heraus, daß einige Partner nicht bereit waren, das Projekt der Europäischen Politischen Union zu realisieren, bevor der Beitritt Englands zur EWG vollzogen worden war.<sup>4</sup> Die Verhandlungen wurden daher unterbrochen und sind seither trotz wiederholter Bemühungen, insbesondere der Bundesregierung<sup>5</sup>, nicht wieder in Gang gekommen.

3) Im Januar 1963 schlossen Deutschland und Frankreich den Vertrag über die deutsch-französische Zusammenarbeit<sup>6</sup>. Dieser Vertrag sieht eine enge Zusammenarbeit der Regierungen mit dem Ziel, zu einer gleichgerichteten Haltung zu gelangen, im Bereich der auswärtigen Politik, der Verteidigungspolitik und der Kulturpolitik vor.

Er bestimmt weiter, daß sich die Regierungschefs und die für die einzelnen Gebiete zuständigen Minister in regelmäßigen Abständen treffen. Nach dem Vertrag ist ferner vorgesehen, daß in beiden Ländern interministerielle Ausschüsse zu bilden sind, die sich ausschließlich mit dem Komplex der deutsch-französischen Zusammenarbeit befassen. Die Leiter dieser beiden Ausschüsse treffen sich monatlich einmal, um alle anstehenden Fragen zu erörtern.

4) Daraus folgt, daß die Zusammenarbeit, die zwischen den sechs EWG-Mitgliedstaaten 1961 und 1962 im Rahmen der damals vorgesehenen Europäischen Politischen Union angestrebt wurde, im Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich bereits verwirklicht<sup>7</sup> ist.

Es hat also keinen Sinn zu verlangen, daß Deutschland und Frankreich bei der Schaffung einer politischen Union vorangehen sollten. Tatsächlich haben sie dies bereits getan.

Jetzt kommt es darauf an, die Verhandlungen mit den anderen Partnern wieder in Gang zu bringen. Die Bundesregierung wird nicht aufhören, in diesem Sinne bemüht zu bleiben.<sup>8</sup>

5) Naturgemäß ist das eigentliche Ziel unserer Bemühungen nicht nur die Schaffung eines institutionellen Rahmens, sondern die Herbeiführung einer einheitlichen und gemeinsamen Politik in den drei Bereichen, die der deutsch-französische Vertrag anspricht.

Insoweit sind teilweise sehr gute Fortschritte erzielt worden, so in gewissen

<sup>4</sup> Zu den im April 1962 gescheiterten Verhandlungen über eine europäische politische Union vgl. Dok. 7, Anm. 10.

<sup>5</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung, einer europäischen politischen Union durch eine Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EWG näherzukommen, vgl. Dok. 180, besonders Anm. 4.

<sup>6</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>7</sup> Die Wörter „bereits verwirklicht“ wurden von Bundesminister Schröder unterschlängelt.

<sup>8</sup> Zu den Bemühungen der Bundesregierung um eine Intensivierung der europäischen politischen Zusammenarbeit vgl. weiter Dok. 197 und Dok. 198.

Bereichen der auswärtigen Politik, im Bereich der Kulturpolitik, der Informationspolitik und des Jugendaustausches.

In anderen Bereichen decken sich die beiderseitigen Auffassungen noch nicht. Das gilt vor allem für zahlreiche Fragen aus dem NATO-Bereich, für die MLF, aber auch zum Beispiel für Fragen, die die gemeinsame Landwirtschaftspolitik der EWG betreffen.

Hier bedarf es geduldiger Anstrengungen beider Seiten, um die Standpunkte so weit wie möglich einander anzunähern. Der deutsch-französische Vertrag bietet dafür einen ausgezeichneten institutionellen Rahmen. Durch die Schaffung neuer deutsch-französischer Institutionen sind die Probleme, über die noch Meinungsverschiedenheiten bestehen, nicht zu lösen.

Dies ist die übereinstimmende Meinung der deutschen und der französischen Regierung.

Büro Staatssekretär, Bd. 382

194

### Botschafter Klaiber, Paris, an das Auswärtige Amt

Z B 6-1/5493/64 VS-vertraulich  
Fernschreiben Nr. 1100  
Citissime

Aufgabe: 10. Juli 1964, 19.30 Uhr  
Ankunft: 10. Juli 1964, 20.25 Uhr

Betr.: Frankreichs Haltung zum Meinungsgegensatz innerhalb der CDU/CSU  
über die Europa-Politik der Bundesregierung<sup>1</sup>

Mit gespannter Aufmerksamkeit wird in Paris der Meinungsgegensatz über die Europa-Politik innerhalb der CDU/CSU zwischen der Gruppe Adenauer/Strauß und den in der außenpolitischen Regierungsverantwortung stehenden Politikern, d.h. dem Herrn Bundeskanzler und dem Herrn Bundesaußenminister, beobachtet. In allen Gesprächen, die ich mit französischen Politikern und hohen Beamten in den letzten Tagen geführt habe, wurde von französischer Seite peinlich vermieden, mir gegenüber zu diesem Meinungsgegensatz Stellung zu beziehen. Diese vorsichtige Haltung erklärt sich sicher damit, daß man auf französischer Seite befürchtet, durch Abgabe einer Stellungnahme sich dem Vorwurf der Parteinahme in einem innerdeutschen Streit auszusetzen. Diese Einstellung der Vermeidung einer Parteinahme findet sich vor al-

<sup>1</sup> In der Diskussion um die Fortführung der europäischen Politik standen sich innerhalb der CDU/CSU zwei Richtungen gegenüber. Während die „Gaullisten“ – an ihrer Spitze der CDU-Vorsitzende und ehemalige Bundeskanzler Adenauer, der Geschäftsführende CDU-Vorsitzende Duhues, der CSU-Vorsitzende Strauß sowie der CSU-Abgeordnete zu Guttenberg – für eine enge Anlehnung der Bundesrepublik an Frankreich ohne Abwendung von den USA eintraten, verlangten die „Atlantiker“ – an ihrer Spitze Bundeskanzler Erhard sowie die Bundesminister Schröder und von Hassel –, daß das deutsch-französische Verhältnis nicht die deutsch-amerikanischen Bindungen beeinträchtigen dürfe.

lem bei den leitenden Beamten des hiesigen Außenministeriums. Der General selbst hat nach seiner Rückkehr von Bonn<sup>2</sup> verschiedentlich erklären lassen, daß kein Grund für eine Enttäuschung im Blick auf die Zukunft der deutsch-französischen Zusammenarbeit vorhanden sei.

Gleichwohl kann es keinem Zweifel unterliegen, daß namentlich im Elysée die inneren Sympathien der Konzeption der Gruppe Adenauer/Strauß über die Europa-Politik zuneigen, d.h. dem Nichtzurückscheuen vor einer politischen Zweierunion für den Fall, daß sich die übrigen Partner der EWG der politischen Union versagen sollten.

Um die Dinge in ihre richtigen Proportionen zu rücken, muß vorab festgestellt werden, daß seit der Hinwendung Frankreichs zu einer weltweiten Politik, wie sie General de Gaulle zum ersten Mal in seiner Lyoner Rede<sup>3</sup> aufgezeigt hat (vgl. Drahtbericht Nr. 1347 vom 30.9.1963<sup>4</sup>), das Interesse an der europäischen Union in Frankreich merklich nachgelassen hat. Man hat hier resigniert festgestellt, daß diese Union gegen den Widerstand der Niederlande, Belgiens und Italiens<sup>5</sup> gegenwärtig nicht zu verwirklichen ist. Diese Tatsache hindert General de Gaulle aber keineswegs, wie die Ereignisse inzwischen zur Genüge bewiesen haben, weltweite Politik zu treiben (Vorschlag der Neutralisierung Vietnams vom 29. August 1963<sup>6</sup> – Anerkennung Pekings vom 27. Januar 1964<sup>7</sup>). De Gaulle hatte naturgemäß gehofft, der Elysée-Vertrag vom 22. Januar 1963<sup>8</sup> werde sich dahin auswirken, daß das Gewicht der französischen weltpolitischen Aktionen verstärkt würde. In Wirklichkeit ist aber das französische Gewicht durch das deutsche Gegengewicht auf der anderen Seite der Waagschale eher vermindert worden. Ein kurzer Blick auf die Wirksamkeit des deutsch-französischen Vertrages in der französischen Sicht zeigt folgendes: Die Erwartungen, die General de Gaulle an diesen Vertrag geknüpft hat, haben sich bisher nicht erfüllt. So hatte de Gaulle seinen militärischen Teil als eines der beiden Kernstücke angesehen. Trotz [der] Hinweise wichtiger französischer Dienststellen gegenüber dem General vor Vertragsschluß auf die besondere militärische Situation der vom Nullpunkt mit *amerikanischer Hilfe* aufgerüsteten Bundesrepublik, hat er dieser Ausgangslage nicht Rechnung getragen. Er hat die Zwangslage, in der die Bundesrepublik sich gegenüber den Vereinigten Staaten und gegenüber Großbritannien befindet – starker amerikanischer Druck zur Bestellung von Rüstungsgütern in USA zwecks Verbesserung der amerikanischen Zahlungsbilanz und starker britischer Druck

<sup>2</sup> Staatspräsident de Gaulle hielt sich im Rahmen der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 in Bonn auf. Vgl. dazu Dok. 180–188.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut der Rede, die Staatspräsident de Gaulle am 28. September 1963 zum Abschluß einer mehrtägigen Reise durch vier französische Departments in Lyon hielt, vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 4, S. 134–138.

<sup>4</sup> Für den Drahtbericht des Botschafters Blankenhorn, Paris, vom 30. September 1963 vgl. Referat I A 1, Bd. 483.

<sup>5</sup> Zur Haltung der Niederlande, Belgiens und Italiens gegenüber den Bemühungen um eine europäische politische Union vgl. zuletzt Dok. 178, besonders Anm. 5 und 6.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 12.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Dok. 11.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

aus analogen Gründen<sup>9</sup> –, bei Abschluß des Elysée-Vertrages offenbar bewußt übersehen.

Ebenso ist General de Gaulle hinsichtlich der Verwirklichung des anderen Kernstücks des deutsch-französischen Vertrages, nämlich der Konsultation mit dem Ziele der Herbeiführung gemeinsamer politischer Entscheidungen, unzufrieden. Selbst auf dem Gebiete der Ost-West-Beziehungen, wo die beiderseitigen Ansichten kaum differieren, ist es z.B. in Ansehung des Moskauer Teststopp-Abkommens vom 5.8.1963<sup>10</sup> nicht zu einer gemeinsamen Haltung der beiden Länder gekommen. Während die Bundesrepublik Deutschland dem Abkommen beigetreten ist, hat Frankreich den Beitritt abgelehnt.<sup>11</sup>

Der Hauptvorwurf, den de Gaulle trotz eines gewissen Verständnisses für die von der Frankreichs manchmal abweichenden Interessenlage der Bundesrepublik gegen die Außenpolitik der Bundesregierung richtet, ist der einer mangelnden Eigenständigkeit ihrer Politik und der einer einseitigen Ausrichtung auf Washington. De Gaulle hat es nicht verstanden, daß z.B. der Herr Bundeskanzler in den letzten Washingtoner Besprechungen<sup>12</sup> das ureigene deutsche Interesse an dem Abschluß eines Handelsabkommens mit Peking<sup>13</sup> und an der Errichtung einer Handelsmission in Peking nach dem Muster von Warschau<sup>14</sup> nicht nachhaltig verteidigt habe, obwohl nach seiner Meinung das deutsche Interesse an einer Isolierung Pankows diese beiden Maßnahmen nahegelegt hätte. Als Ohrfeige für seine eigene Südostasien-Politik hat der General die Hervorhebung der Unterstützung des amerikanischen Standpunkts in der Südvietnam-Frage durch die Bundesregierung im Abschlußkommuniqué von Washington<sup>15</sup> empfunden. Nichts, so wird einem hier gesagt, hätte die Bundesregierung daran gehindert, in praxi die Amerikaner in Südvietnam zu unterstützen. Es war aber in den Augen de Gaulles völlig überflüssig, dies noch besonders nach außen zu betonen. Was das deutsche Verhalten hinsichtlich der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik, insbesondere die Weigerung, in eine Festsetzung eines gemeinsamen europäischen Getreidepreises vor 1970 zu willigen<sup>16</sup>, anbelangt, so scheint mir dieses weniger ursächlich für die französische

<sup>9</sup> Zum Devisenausgleich mit den USA vgl. Dok. 125.

Zur Frage einer Devisenhilfe für Großbritannien vgl. zuletzt Dok. 190. Vgl. dazu weiter Dok. 208.

<sup>10</sup> Für den Wortlaut vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

<sup>11</sup> Zur Unterzeichnung des Teststopp-Abkommens durch die Bundesrepublik am 19. August 1963 vgl. AAPD 1963, II, Dok. 308. Zur Ratifizierung am 5. Juni 1964 vgl. Dok. 121, Anm. 6.

Zur französischen Haltung vgl. AAPD 1963, II, Dok. 246.

<sup>12</sup> Zu den deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 160 und Dok. 161.

<sup>13</sup> Zu den Sondierungen mit der Volksrepublik China über ein Warenabkommen vgl. Dok. 143 und weiter Dok. 206.

<sup>14</sup> Zum Handelsabkommen mit Polen vom 7. März 1963 und der bei diesem Anlaß vereinbarten Errichtung einer Handelsvertretung der Bundesrepublik in Warschau vgl. Dok. 13, besonders Anm. 20.

<sup>15</sup> Der entsprechende Passus im Kommuniqué vom 12. Juni 1964 lautete: „Die beiden Regierungschefs waren auch gemeinsam der Auffassung, daß die Regierung der Republik Vietnam in ihrem Widerstand gegen die Vietkong voll unterstützt werden muß. Der Bundeskanzler erklärte, daß seine Regierung die Hilfe für Südvietnam auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet erweitern würde.“ Vgl. BULLETIN 1964, S. 865 f.

<sup>16</sup> Zur Haltung der Bundesregierung in der Frage eines europäischen Getreidepreises vgl. zuletzt

Mißstimmung gegenüber Deutschland zu sein, als vielfach angenommen wird. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die mit der Festsetzung eines gemeinsamen Getreidepreises notwendig verbundene Heraufsetzung des Getreidepreises in Frankreich das seit zehn Monaten laufende Stabilisierungsprogramm der französischen Regierung<sup>17</sup> in Mitleidenschaft ziehen würde. Auch kommt hinzu, daß General de Gaulle im Grunde seines Herzens sehr froh darüber ist, daß der „schwarze Peter“ wegen der Verzögerung der Kennedy-Runde, soweit sie überhaupt auf die Nichtfestsetzung eines gemeinsamen europäischen Getreidepreises zurückzuführen sein sollte, den Deutschen zugeschoben ist.

[gez.] Klaiber

Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 11

195

### Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-95.A/64 geheim

13. Juli 1964<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 13. Juli 1964 um 16.00 Uhr in Anwesenheit von Herrn Bundesminister Dr. Westrick und Herrn Ministerialdirigent Dr. Osterheld den amerikanischen Botschafter McGhee zu einer Unterredung.

Einleitend ging der *Botschafter* noch einmal auf die Botschaft von Präsident Johnson an den Herrn Bundeskanzler<sup>2</sup> ein, über die er Herrn Bundesminister Westrick bereits am 11. Juli berichtet hatte.

Der Herr *Bundeskanzler* berichtete sodann über seine Eindrücke von dem

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 810*

Dok. 153, besonders Anm. 25.

Vgl. dazu weiter Dok. 207.

<sup>17</sup> Das Stabilisierungsprogramm, das von Ministerpräsident Pompidou am 12. September 1963 auf einer Pressekonferenz vorgestellt wurde, sah eine Eindämmung der Inflation durch eine strenge Kreditpolitik, Senkung der Staatsausgaben und eine erhöhte Besteuerung „der übermäßigen oder anomalen Gewinne, besonders auf dem Gebiet der Boden- und Immobilienspekulation“, vor. Darüber hinaus waren Maßnahmen zur Förderung des Arbeitsmarktes sowie eine stärkere staatliche Kontrolle der Preise für Dienstleistungen und Industrieprodukte vorgesehen. Vgl. dazu AdG 1963, S. 10792.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 15. Juli 1964 gefertigt.

<sup>2</sup> Zur Mitteilung des Präsidenten Johnson erklärte Bundeskanzler Erhard am 12. Juli 1964 vor der Landesversammlung der CSU in München: „Er sagt, daß das Bündnis der freien Völker des Westens nicht fest und stark genug sein kann, um den Stürmen zu trotzen, die sich hinter dem Horizont verbergen. Diese unsre Welt ist zu klein, und die Gefahren sind zu groß, als daß sie von einem oder von einer kleinen Zahl von Völkern bewältigt werden könnten.“ Vgl. BULLETIN 1964, S. 1067.

Parteitag der CSU in München<sup>3</sup> und zog eine Parallele zwischen der geistigen, sittlichen, ideologischen, nationalen Einstellung, die dort zum Ausdruck gekommen sei, und den Ideen und Vorstellungen von Herrn Goldwater. Beides speise sich aus der gleichen Wurzel. Präsident Johnson habe ihm gesagt, um Goldwater sammelten sich alle diejenigen, die mit irgend etwas nicht zufrieden seien.<sup>4</sup>

Auf die Diskussion über die europäische politische Union eingehend bemerkte der Herr Bundeskanzler, er habe in München gesagt, wer immer sich zu einer europäischen politischen Union zusammenschließe, könne über Fragen der Verteidigung und Außenpolitik nicht sprechen, solange man nicht wisse, wie es um die NATO, um die MLF und andere entscheidende Fragen stehe. Nur wenn man darüber Bescheid wisse, sei eine gemeinsame Verteidigungs- und Außenpolitik im Rahmen der NATO möglich. Dies sei die Haltung, die von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes unterstützt werde.

Der amerikanische *Botschafter* sagte, er habe mit Interesse den Vorschlag des Herrn Bundeskanzlers gehört, daß eine Gipfelkonferenz zusammenentreten solle.<sup>5</sup>

Wie der Herr *Bundeskanzler* hierzu bemerkte, habe er den Ansatzpunkt schon in dem Gespräch mit de Gaulle<sup>6</sup> gelegt, als er von der Wahrscheinlichkeit gesprochen habe, daß de Gaulle nach den amerikanischen Wahlen<sup>7</sup> doch sicher mit Präsident Johnson zusammentreffen werde. Dabei müsse dann auch über die NATO gesprochen werden.

Bundesminister Westrick sagte, vielleicht sollte man bei dem Versuch einer Zusammenfassung einiger Länder nicht bis zu den amerikanischen Wahlen warten.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß in Frankreich bis zum September praktisch Ferien seien und nichts geschehen werde.

Auf die Botschaft des Präsidenten eingehend sagte der *Botschafter*, die Anregung Präsident Johnsons, daß sich die Regierungschefs der fünf von ihm genannten Staaten treffen sollten, habe zum Ziel, die Idee einer Partnerschaft weiter zu entwickeln, und könne parallel zu den Bemühungen um eine europäische Union laufen.

Wie der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, müsse man unterscheiden, ob die fünf genannten Länder sich allgemein über Fragen der NATO unterhalten oder ein institutionelles Organ innerhalb der NATO bilden sollten.

<sup>3</sup> Vom 10. bis 12. Juli 1964 fand in München die Landesversammlung der CSU statt, zu deren Abschluß Bundeskanzler Erhard eine Grundsatzrede zur Europapolitik hielt. Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1964, S. 1061–1067.

<sup>4</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Johnson am 12. Juni 1964 in Washington vgl. Dok. 161, besonders Anm. 9.

<sup>5</sup> Bundeskanzler Erhard erklärte am 12. Juli 1964 vor der Landesversammlung der CSU in München, „es könnte eine gute Sache sein, wenn sich nach den britischen und den amerikanischen Wahlen die Regierungschefs bedeutender NATO-Länder einmal zusammensetzen, um sich hinsichtlich der Gestalt der NATO, ihrer Um- oder Neuorganisation und der materiellen Ausfüllung zu einigen“. Vgl. BULLETIN 1964, S. 1065.

<sup>6</sup> Zum Gespräch vom 3. Juli 1964 vgl. Dok. 180.

<sup>7</sup> Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen fanden am 3. November 1964 statt.

Der *Botschafter* antwortete, er sei nicht sicher, daß der Präsident selbst diese Frage sich schon beantwortet habe, doch habe die Idee eines Exekutivausschusses innerhalb der NATO oder eines sogenannten Direktoriums gewisse Vorteile, wenn ihr auch sicher einige Nachteile anhafteten. Wenn Italien ausdrücklich erwähnt worden sei, so deshalb, weil es im Augenblick in einer sehr schwachen Position sei<sup>8</sup>, und man Italien mit einbeziehen müsse, wenn man es halten wolle.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß bei einer solchen Konferenz der Fünf, auf der allgemein über NATO-Fragen gesprochen werden könnte, die Amerikaner, wie er hoffe auch die Engländer, und unter allen Umständen die Italiener sich für eine Konstruktion der NATO aussprechen würden, die eine Integration vorsehe. Die Deutschen müßten dann auch deutlich zum Ausdruck bringen – und hierin bestehe keinerlei Meinungsverschiedenheit mit Adenauer –, daß dies allein die Position der deutschen Seite sein könne. Wenn dies einmal klar ausgesprochen sei, müßten auch die Franzosen Farbe bekennen, und damit sei diese Frage zunächst einmal ausgestanden.

Botschafter *McGhee* fragte nach den Vorstellungen, die der Herr *Bundeskanzler* hinsichtlich des zeitlichen Ablaufs der Dinge habe.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er wäre dafür, wenn etwas Derartiges vor den Wahlen zustande kommen könne. Der jetzige Präsident könne nicht für einen Zeitpunkt, der nach den Wahlen liege, einladen, und außerdem dürfte dann auch bald das Treffen mit de Gaulle zustande kommen. Er denke nicht an irgend etwas Spektakuläres, vielmehr schwebe ihm eine Zusammenkunft vor, auf welcher man offen über die Dinge sprechen würde. Was die Haltung der sogenannten Gaullisten in Deutschland angehe, so habe er sie in München zwar distanziert, doch wäre es irrig anzunehmen, daß sie nun wehrlos am Boden lägen. Die Auseinandersetzung<sup>9</sup> würde weitergehen.

Wie der *Botschafter* bemerkte, könne der Präsident vor den Wahlen keine Auslandsreise mehr unternehmen. Außerdem sei seine Position, wenn er erst einmal das Mandat der amerikanischen Bevölkerung erhalten habe, sehr viel besser.

Bundesminister *Westrick* schlug vor, daß der amerikanische Präsident die Konferenz inzwischen schon vorbereiten könnte. Wenn man bis zu den Wahlen warte, dann würden sicher noch Wochen vergehen, bis nach den Wahlen die ersten vorbereitenden Arbeiten aufgenommen würden.

Der Herr *Bundeskanzler* schloß sich diesem Vorschlag an und sagte, der Präsident könne bald nach seiner Wahl damit herauskommen.

Bundesminister *Westrick* erklärte weiter, eine Konferenz zwischen dem Herrn *Bundeskanzler* und Präsident Johnson und Präsident de Gaulle wäre sicher begrüßenswert, und wenn Italien und Großbritannien dabei wären, so wäre dies nur um so besser.

Der *amerikanische Botschafter* sagte, er rechne damit, daß nach den Wahlen

<sup>8</sup> Zur Lage in Italien vgl. Dok. 180, Anm. 8.

<sup>9</sup> Zur Auseinandersetzung innerhalb der CDU/CSU über die Europapolitik der Bundesregierung vgl. Dok. 194, Anm. 1.

Präsident Johnson nach Europa kommen werde, was ihm vor den Wahlen nicht möglich sei, und daß dann konkret an ein solches Treffen gedacht werden könne.

Der Botschafter fragte sodann, ob der Herr Bundeskanzler schon klare Vorstellungen über die Vorschläge habe, die er de Gaulle unterbreiten wolle.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte, von neuen Vorschlägen im eigentlichen Sinn des Wortes könne nicht die Rede sein. Er habe in München darauf hingewiesen, daß die Bundesregierung alle Bemühungen unternommen habe, um zu einem Übereinkommen unter den Sechs zu gelangen. Die Deutschen dächten aber nicht daran, einen Plan für die europäische politische Union nun vorzulegen. Die anderen täten so, als ob nur die Deutschen die Verantwortung für das bisherige Scheitern der Pläne hätten. De Gaulle müsse in den Verhandlungen auch mit am Tisch vertreten sein, und die deutschen Vorschläge würden sich auf die Methoden und die Technik der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich beziehen. An eine Ausweitung oder Intensivierung des Vertrags<sup>10</sup> sei dabei nicht gedacht.

Was in München gespielt werde, sei sehr klar. Man sage, die Sechs sollten erneut aufgefordert werden, eine politische Union zu bilden.<sup>11</sup> Dabei rechne man aber von Anfang an mit einer Absage der Italiener und der Niederländer, wogegen die Luxemburger vielleicht mitgehen würden. Was die Belgier angehe, so sei er selbst nicht ganz sicher. Nach dem Fehlschlag eines erneuten Anlaufes könne man dann mit um so größerem Nachdruck argumentieren, nunmehr müßten Deutschland, Frankreich und Luxemburg eine politische Union bilden. Die Gaullisten wollten nur die Verbindungen zwischen Frankreich und Deutschland noch enger gestalten.

Wie Herr Bundesminister *Dr. Westrick* bemerkte, sei kein Vorschlag denkbar, der einerseits de Gaulle gefalle, andererseits den lebenswichtigen Interessen Deutschlands Rechnung trage.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte ergänzend, es gehe de Gaulle nur darum, die Deutschen von Amerika zu lösen und in ihrer Politik unselbstständig zu machen. Die Ziele de Gaulles und seiner Anhänger in Deutschland seien unvereinbar mit der Aufrechterhaltung enger freundschaftlicher Beziehungen zu den Vereinigten Staaten.

Der *Botschafter* sagte, die amerikanische Regierung wisse die deutsche Haltung zu würdigen, denn wenn Europa nur auf der Grundlage Deutschland-Frankreich aufgebaut würde, so komme dies einem Versuch de Gaulles gleich,

<sup>10</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>11</sup> Der Vorsitzende der CSU, Strauß, forderte in seiner Ansprache zur Eröffnung der Landesversammlung seiner Partei am 10. Juli 1964 in München, die EWG-Staaten sollten „eine politische Union eingehen in Gestalt einer Konföderation“ und zu diesem Zweck einen Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs, ein Generalsekretariat und eine politische Kommission bilden. Dabei solle „kein Zweifel gelassen werden, daß die Weigerung des einen oder anderen Landes nicht zu einem Verzicht auf den Gesamtplan bei den anderen führen würde“. Vgl. CSU-LANDESVERSAMMLUNG MÜNCHEN 1964, hrsg. vom Generalsekretariat der Christlich-Sozialen Union in Bayern, [München 1964], S. 22f.

die Politik dieser Union zu kontrollieren und die Amerikaner aus Europa hinauszudrängen.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er habe in München ausdrücklich gesagt, je enger der Kreis der Länder sei, die eine politische Union bildeten, desto größer sei die Sorge aller anderen Länder vor einer deutsch-französischen Hegemonie, die niemand wolle. Deshalb sei ein solches Unterfangen von Anfang an hoffnungslos. Wenn andererseits alle EWG- und alle EFTA-Länder zusammenträten, um eine gemeinsame politische Plattform zu finden, dann könnte sich hieraus ein realistischerer Plan ergeben. Je geringer aber die Zahl der beteiligten Länder sei, desto unmöglichter sei ein solches Vorhaben.

Der *Botschafter* fragte sodann, ob der Herr Bundeskanzler daran denke, eine Initiative von sich aus zu ergreifen und Einladungen an die anderen ergehen zu lassen.

Der Herr *Bundeskanzler* antwortete, bei de Gaulle könne man nicht mit Zustimmung rechnen, wenn man nach den britischen Wahlen<sup>12</sup> die Verhandlungen über den Beitritt der Engländer aufnehmen wolle. Außerdem wisse man gar nicht, ob die Engländer selbst dann noch am Beitritt zum Gemeinsamen Markt interessiert seien. Wenn man aber die Gespräche von der EWG fernhalte und sich nur darum bemühe, Europa ein stärkeres politisches Profil zu geben, ohne eine unmittelbare Verbindung zur EWG herzustellen, dann wären die Engländer und andere Länder vielleicht aufgeschlossener.

Der *Botschafter* erwähnte sodann, daß er mit Bundeskanzler Adenauer zusammengetroffen sei.

Der Herr *Bundeskanzler* ging auf die Vorstellungen von Dr. Adenauer<sup>13</sup> ein und sagte, er denke auch noch daran, Länder wie Spanien und Portugal einzuladen. Das würde in der Praxis bedeuten, daß außer den Deutschen und Franzosen wahrscheinlich nur die Spanier und Portugiesen in einer politischen Union wären. Mit den beiden Diktatoren Europas<sup>14</sup> würde man sich dann in angenehmer und guter Gesellschaft befinden. Was die Vorstellungen und die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit Dr. Adenauer bei der Verwirklichung einer europäischen politischen Union angehe, so sei er mehr als skeptisch. In seinem Gespräch mit ihm habe Adenauer nur einen Gedanken aufgegriffen. Er selbst (Bundeskanzler) habe darauf hingewiesen, daß nach den bisherigen Vorstellungen der Kreis der Länder, welche eine politische Union bildeten, mit dem Kreis der EWG-Länder identisch sein müsse. Er selbst frage sich, ob dies unbedingt so sein müsse und ob eine politische Union nicht auch mit an-

<sup>12</sup> Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

<sup>13</sup> Zu den Vorstellungen des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer hinsichtlich einer Initiative für eine europäische politische Union vgl. Dok. 184.

Vgl. auch seine Rede vor dem Industrieklub und dem deutsch-französischen Kreis am 23. Juni 1964 in Düsseldorf; Konrad ADENAUER, Reden 1917–1967. Eine Auswahl, hrsg. von Hans-Peter Schwarz, Stuttgart 1975, S. 459–470. Die Rede wurde in gekürzter Fassung als Zeitungsbeitrag veröffentlicht. Vgl. den Artikel „Mit der Politischen Union endlich anfangen!“; RHEINISCHER MERCUR, Nr. 27 vom 3. Juli 1964, S. 4.

<sup>14</sup> Francisco Franco y Bahamonde, Antonio de Oliveira Salazar.

deren Ländern gebildet werden könne, wobei er zum Beispiel auch an die skandinavischen Länder denke.<sup>15</sup>

Wie Bundesminister *Westrick* erklärte, habe er vor einigen Tagen auch mit Dr. Adenauer gesprochen, und als er ihm gesagt habe, die Vereinigten Staaten, Frankreich, Deutschland und Großbritannien sollten zusammen marschieren, habe er ihm auf die Schulter geklopft und gesagt, dies sei genau das, was er sich vorstelle. Er habe den Eindruck, daß Dr. Adenauer selbst in seinen Ansichten etwas unsicher sei.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, einige ganz Verrückte in München hätten sogar vorgeschlagen, daß Polen und die Tschechoslowakei mit einbezogen werden sollten. Mit Staatshandelsländern eine derartige Union zu bilden sei völlig ausgeschlossen und wäre etwa so, wie wenn die Vereinigten Staaten mit China eine gemeinsame Handelspolitik betreiben wollten.

Der *Botschafter* ging sodann etwas auf sein Gespräch mit Dr. Adenauer ein und sagte, er würde es gerne sehen, wenn Einladungen an möglichst viele Länder ergingen. Der Frage, was geschehe, wenn die Antworten negativ ausfielen, gehe er aus dem Weg, indem er behauptete, die anderen Länder würden sich einer solchen Einladung nicht entziehen.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, Dr. Adenauer habe doch selbst fünfzehn Jahre lang Außenpolitik gemacht und sollte daher besser Bescheid wissen. Von seinem Standpunkt aus sei es sicher klug gedacht, wenn man zunächst den Eindruck erwecke, als ob man alle umarmen wolle, und dann zum Schluß nur die Deutschen und die Franzosen übrig blieben, was Dr. Adenauer von jeher am Herzen gelegen sei. Irgend etwas Neues sei ohnehin überflüssig, da der deutsch-französische Vertrag die gleichen Elemente enthalte, wie sie im Fouchet-Plan<sup>16</sup> und in früheren Konzeptionen einer politischen Union enthalten gewesen seien.

Der *Botschafter* erwähnte, er habe Dr. Adenauer gesagt, die Vereinigten Staaten könnten selbstverständlich nicht bestimmen, wie die europäische politische Union zu bilden sei. Diese Angelegenheit müßte von den Europäern selbst geregelt werden. Nach amerikanischer Auffassung müsse es sich aber um ein großes Europa handeln, und man könne sich nicht vorstellen, daß nur zwei Länder die Grundlage abgeben könnten. Außerdem müßte ein solches großes Europa Bestandteil der atlantischen Partnerschaft sein, da sonst keinerlei Hoffnungen für die NATO und eine Verteidigung Europas bestünden. Schließlich müßte ein solches großes Europa nicht nach innen gekehrt und auf sich selbst konzentriert, sondern weltoffen sein. Dem habe Dr. Adenauer zugestimmt. Seine Gedanken kreisten aber vorwiegend um das deutsch-französische Verhältnis, und er wolle offensichtlich die deutsch-französischen Beziehungen und Bande so permanent wie möglich gestalten, da er befürchte, die sich jetzt bietende Gelegenheit werde verpaßt.

<sup>15</sup> Diesen Gedanken äußerte Bundeskanzler Erhard bereits im Gespräch mit Staatspräsident de Gaulle am 4. Juli 1964 in Bonn. Vgl. Dok. 187.

<sup>16</sup> Zu den von Frankreich initiierten Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

Nach den Worten des Herrn Bundeskanzlers gehe es im Grunde darum, daß de Gaulle eine Rolle als Machtfaktor spielen wolle, wozu er aber die Deutschen brauche. Ein Zusammengehen mit Frankreich würde aber bedeuten, daß man die Politik de Gaulles unterstützen müsse.

Abschließend übergab der amerikanische Botschafter ein Aide-mémoire, in welchem die amerikanische Regierung ihre Besorgnis über angeblich geplante Erhöhungen der internen EWG-Präferenzen für landwirtschaftliche Erzeugnisse ausdrückt.<sup>17</sup>

Wie Bundesminister Dr. Westrick sagte, sei auch hier eine Lösung nur schwer vorstellbar, die gleichzeitig die französischen Wünsche und die deutschen Bedürfnisse erfülle. Vertraulich könne er sagen, die Bauern stellten eine solche politische Kraft dar, daß es nicht möglich sei, diejenige Lösung zu verwirklichen, die, rein wirtschaftlich gesehen, die vernünftigste wäre.

Das Gespräch endete gegen 16.45 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 10

## 196

### Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Botschafter McGhee

Z A 5-96.A/64 VS-vertraulich

14. Juli 1964<sup>1</sup>

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 14. Juli 1964 um 9.00 Uhr den amerikanischen Botschafter, Herrn McGhee.

Der *Botschafter* überreichte dem Herrn Minister zunächst den Text eines Aide-mémoires, das er am Vortage bereits dem Bundeskanzleramt überreicht habe<sup>2</sup> und in welchem die amerikanische Regierung ihrer Sorge über eine angeblich geplante Erhöhung der internen EWG-Präferenzen für landwirtschaftliche Produkte Ausdruck verleihe. Die amerikanische Regierung sehe diese Angelegenheit als sehr ernst an, da sie unerfreuliche Rückwirkungen auf die Verhandlungen der Kennedy-Runde haben könnte. Ein solcher Schritt würde nur die bereits bestehenden Schwierigkeiten vermehren. Er gehe davon aus, daß die deutsche Seite hier einem gewissen Druck seitens der Franzosen ausgesetzt werde. Solche Maßnahmen würden eine weitere Diskriminierung gegenüber den Vereinigten Staaten darstellen.

<sup>17</sup> Vgl. Referat III A 2, Bd. 72.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 15. Juli 1964 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder am 16. Juli 1964 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 195, besonders Anm. 17.

Der Botschafter ging dann auf die Situation auf Zypern ein, hinsichtlich derer die amerikanische Regierung ernste Sorge habe. Nach ihren Informationen zögen sowohl die Türken wie auch die Griechen Truppen auf der Insel zusammen, wobei es den Griechen in erster Linie darum gehe, mit ihrer Truppenmassierung eine mögliche türkische Invasion abzuwehren. Er dankte der Bundesregierung dafür, daß sie einer Sondersitzung des NATO-Rats über die Zypern-Frage zugestimmt habe<sup>3</sup>, die zu einer Reduzierung der beiderseitigen Truppen führen solle.

Wie der Botschafter weiter bemerkte, habe er vor einiger Zeit dem Herrn Bundeskanzler eine Liste von Unterstützungswünschen überreicht, welche die südvietnamesische Regierung an die Regierung der Vereinigten Staaten gerichtet habe.<sup>4</sup> Darunter befänden sich manche Projekte, welche die Bundesregierung möglicherweise übernehmen könnte. Er fragte den Herrn Minister, ob er Gelegenheit gehabt habe, in jüngster Zeit mit dem vietnamesischen Botschafter<sup>5</sup> hierüber zu sprechen.

Der Herr *Bundesminister* verneinte diese Frage.

Der *Botschafter* wies auch auf die Schwierigkeiten hin, welche die amerikanische Regierung im Kongreß habe, wo sie immer wieder gefragt werde, welche anderen Staaten außer den USA sich an einer Hilfe für Südvietnam beteiligten.

Der Botschafter erkundigte sich sodann nach der weiteren Entwicklung der Europa-Politik.

Der Herr *Bundesminister* sagte zunächst, die Verwirrung sei so komplett wie möglich. Zunächst bestehe Verwirrung über die Vorschläge, die Frankreich unterbreitet werden sollen. Der Herr Bundeskanzler gehe davon aus, daß im Rahmen der deutsch-französischen Institutionen die Möglichkeiten erörtert werden sollten, ob und<sup>6</sup> welche Vorschläge den übrigen vier Staaten oder noch weiteren Staaten gemacht werden könnten. De Gaulle habe sich auch damit einverstanden erklärt, solche Vorschläge zu prüfen.<sup>7</sup> Die öffentliche Diskussion andererseits laufe aber so, als ob sich die deutsche Seite bereit erklärt habe, nicht nur verfahrenstechnische Vorschläge, sondern neue konkrete An-

<sup>3</sup> Vgl. dazu den Drahterlaß des Staatssekretärs Carstens vom 10. Juli 1964 an Botschafter Grewe, Paris (NATO); Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 48; B 150, Aktenkopien 1964.

In der Sondersitzung des Ständigen NATO-Rats am 14. Juli 1964 in Paris nahmen die Vertreter der Türkei und Griechenlands zur Entsendung militärischen Materials und Personals durch ihre Staaten nach Zypern Stellung. Während ihre Antworten ausweichend blieben, wurden von amerikanischer, britischer, kanadischer und dänischer Seite Angaben gemacht, nach denen innerhalb weniger Wochen die türkischen Truppen auf Zypern um knapp 1000, die griechischen sogar um 4000 bis 6000 Soldaten erhöht werden seien. Auch seien schwere Waffen auf die Insel gebracht worden. Für den Drahtbericht des Botschaftsrats I. Klasse Sahm, Paris (NATO), vgl. Abteilung I (I A 4), VS-Bd. 163; B 150, Aktenkopien 1964.

Zur Zypern-Frage vgl. weiter Dok. 235.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 189.

<sup>5</sup> Nguyen Qui Anh.

<sup>6</sup> Die Wörter „ob und“ wurden von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

<sup>7</sup> Die Frage intensivierter Konsultationen über eine europäische politische Zusammenarbeit war ein wesentlicher Gegenstand der deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 in Bonn. Vgl. dazu besonders Dok. 187 und Dok. 188.

regungen für eine europäische politische Union zu unterbreiten. Man müsse unterscheiden zwischen dem, was die Franzosen tatsächlich wollten, und dem, was man jetzt richtigerweise zu tun habe. Die Franzosen hätten es ganz klar gemacht, daß sie sich von neuen Schritten zur Schaffung einer politischen europäischen Union nichts versprächen. Sie seien nur an einer Weiterentwicklung der deutsch-französischen Zusammenarbeit interessiert. Was sie sich darunter vorstellten, sei bekannt. Er nehme an, daß der Botschafter über die diesbezüglichen Gespräche von Staatssekretär Carstens, Minister Westrick und vom Herrn Bundeskanzler selbst informiert worden sei.

Die Franzosen sagten, man solle keine amerikanische Außenpolitik, sondern eine europäische Außenpolitik führen. Das heiße aber, man solle ihre französische Außenpolitik unterstützen. Es sei nicht die Absicht der Bundesregierung, von ihrer bisherigen Linie abzugehen, was insbesondere für Verteidigungsfragen gelte. Die Franzosen hätten deutlich zu erkennen gegeben, zumindest de Gaulle, daß sie keine integrierte NATO wollten, im Gegenteil, sie versuchten, sich aus der Integration zurückzuziehen.<sup>8</sup> Außerdem seien sie nicht für die MLF. Sie wollten zwar am Bündnis der NATO als solchem festhalten und betonten immer wieder, daß sie keine gegen die Vereinigten Staaten gerichtete Politik führen wollten. Was ihnen vorschwebte, sei eine sogenannte unabhängige Außenpolitik.

Die deutsche Seite sehe sich nunmehr der Frage gegenüber, was sie tun könne und welche Verfahrensvorschläge im Rahmen der deutsch-französischen Institutionen vorgelegt werden könnten. Darüber sei man sich noch nicht im klaren, und er glaube auch nicht, daß dieser Frage allzu große Bedeutung zukomme. In der öffentlichen Diskussion, in die sich seit dem Vortag auch die SPD eingeschaltet habe<sup>9</sup> und die sich in erster Linie in den Parteigremien abspiele, werde aber gesagt, die deutsche Seite sollte Vorschläge für eine politische Union unterbreiten. Das bringe nun möglicherweise die Bundesregierung dazu, tatsächlich solche Vorschläge einzubringen<sup>10</sup>, sei es öffentlich, sei es den Franzosen gegenüber, die dann ein Gemisch aus Elementen des Fouchet- und des Monnet-Planes<sup>11</sup> seien, ohne daß er sich davon große Aussichten auf Fortschritte erhoffe. Er sei sich allerdings darüber im klaren, daß diese

<sup>8</sup> Zur französischen Haltung gegenüber der NATO vgl. zuletzt Dok. 181 und Dok. 182.

<sup>9</sup> Der Parteivorstand der SPD ließ am 13. Juli 1964 zu der Auseinandersetzung innerhalb der CDU/CSU um die Europapolitik der Bundesregierung verlauten, eine weitere Desintegration der NATO dürfe nicht hingenommen werden. Die SPD lehne eine deutsch-französische Union ab und befürworte als Bindeglied zwischen der EWG und den USA die Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 160 vom 14. Juli 1964, S. 1.

<sup>10</sup> Zur Europa-Initiative der Bundesregierung vgl. weiter Dok. 266.

<sup>11</sup> Das von Jean Monnet geleitete „Aktionskomitee für die Vereinigten Staaten von Europa“ verabschiedete am 1. Juni 1964 anlässlich einer Tagung in Bonn eine Erklärung, in der insbesondere die Aufnahme Großbritanniens in die Europäischen Gemeinschaften, eine engere Zusammenarbeit mit den neutralen Staaten in Europa sowie die „schrittweise Verwirklichung einer Partnerschaft zwischen dem Vereinten Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika auf der Grundlage der Gleichberechtigung“ gefordert wurde. Vgl. EUROPÄISCHE POLITISCHE EINIGUNG, S. 253–259. Vgl. auch MONNET, Mémoires, S. 563f. Zur politischen Wertung vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse von Stempel vom 2. Juli 1964; Referat I A 2, Bd. 883.

Zu den von Frankreich initiierten Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

Forderungen nach deutschen Vorschlägen nur gestellt würden, um nach deren Ablehnung durch andere Länder um so mehr für ein möglichst enges Zusammensehen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich einzutreten. Dabei gebe es verschiedene Gruppen. Er wolle nicht bestreiten, daß gewisse Kreise von ehrlichen und guten Absichten bestimmt seien, während andere diese Forderung nur aus taktischen Gründen aufstellten. Die Vorstellungen der zweiten Gruppe seien zum Teil nicht sehr genau. Die Bundesregierung weise immer wieder darauf hin, daß alle Institutionen für eine enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich bereits bestünden, da in dem deutsch-französischen Vertrag<sup>12</sup> das sogenannte Fouchet-Schema schon eine Realität geworden sei. Die Schwierigkeiten lägen aber in den politischen Differenzen, die zwischen Frankreich und Deutschland in der NATO-Frage und einer Reihe anderer Probleme bestünden.

Der *Botschafter* bemerkte, daß es der französischen Propaganda gelungen sei, die deutsche Seite als unloyal in der Durchführung des Vertrages hinzustellen.

Der Herr *Bundesminister* bezeichnete dies als leider richtig. In Zusammenarbeit mit gewissen Kreisen in Deutschland behaupteten die Franzosen, die Bundesregierung erfülle nicht den deutsch-französischen Vertrag. In Wirklichkeit gehe es aber darum, daß die Bundesregierung gewisse Ziele der Franzosen nicht unterstützen könne und auch nicht unterstützen werde.

Der *Botschafter* bemerkte, die französische Politik habe sich seit Unterzeichnung des Vertrages verschiedentlich gewandelt, ohne daß die Deutschen darüber konsultiert worden wären. Demnach hätten die Deutschen ein stichhaltiges Argument, um ihrerseits den Franzosen vorzuwerfen, daß sie den Vertrag nicht eingehalten hätten.<sup>13</sup>

Wie der Herr *Bundesminister* bemerkte, sei dieses Argument zum Teil richtig, doch sei die tiefgreifende französische Entscheidung, gegen den Beitritt Großbritanniens zum Gemeinsamen Markt zu stimmen, bereits am 14. Januar 1963 bekannt gewesen<sup>14</sup>, wogegen der Vertrag am 22. Januar unterzeichnet worden sei. Es treffe allerdings zu, was den Abzug französischer Streitkräfte aus der NATO und die Anerkennung Rotchinas angehe.<sup>15</sup> Was die MLF und die Inte-

<sup>12</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>13</sup> Der Passus „die französische Politik ... nicht eingehalten hätten“ wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „EWG/GB, Vietnam, Rotchina, Desintegration“.

<sup>14</sup> Zur Pressekonferenz vom 14. Januar 1963, auf der der französische Staatspräsident gegen den geplanten Beitritt Großbritanniens zur EWG Stellung bezog, vgl. Dok. 20, Anm. 6.

<sup>15</sup> Am 22. April 1964 wurde die Botschaft in Paris über die Anordnung des Staatspräsidenten de Gaulle informiert, die französischen Offiziere aus den NATO-Marinestäben zurückzuziehen. Die offizielle Unterrichtung der übrigen NATO-Staaten erfolgte erst fünf Tage später. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Referats II 7 vom 5. Juni 1964; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. auch Dok. 117, besonders Anm. 3.

Zur unterbliebenen Konsultation der Bundesregierung vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Frankreich und der Volksrepublik China am 27. Januar 1964 vgl. Dok. 11, Anm. 7. Vgl. auch Dok. 44.

gration der NATO betreffe, so sei auch hier bereits vor Unterzeichnung des Vertrages die französische Haltung klar gewesen. Dies sei auch der Grund dafür gewesen, daß der Bundestag einstimmig die Präambel zum Ratifizierungsgesetz<sup>16</sup> angenommen habe. Dies schienen aber einige Leute vergessen zu haben.

Der *Botschafter* vertrat die Auffassung, daß der Herr Bundeskanzler am vergangenen Sonntag einen Sieg errungen habe.<sup>17</sup> Er befürchte, daß sich die Opposition innerhalb der Christlichen Demokraten übernommen habe, und daß sie ihren Vorstoß während der Abwesenheit des Bundeskanzlers gemacht hätten<sup>18</sup>, habe sich gegen sie ausgewirkt.

Der Herr *Bundesminister* betonte, daß die Bundesregierung eine sehr klare Position eingenommen habe, innerhalb der Partei werde allerdings die Verwirrung noch eine Zeitlang bestehen. Er sei sich außerdem darüber im klaren, daß man permanentem französischem Druck und permanentem französischem Propagandadruck ausgesetzt sein werde. Diejenigen, die an die Richtigkeit der französischen Haltung und Politik glaubten, würden in ihren Bemühungen sicher nicht nachlassen. Dann gebe es überall in Europa diejenigen Kreise, die versuchten, antiamerikanische Gefühle zu stimulieren.

Nach künftigen Aktionen Dr. Adenauers befragt, erklärte der Herr Minister, es sei schwierig, hier etwas vorauszusagen, doch glaube er, Dr. Adenauer würde es vorziehen, einen stillen Einfluß auf die Regierung auszuüben, um sie zu einer engeren deutsch-französischen Zusammenarbeit zu bewegen. Er wisse aber genau, wo die Schwierigkeiten auf militärischem Felde lägen, und was diese Frage angehe, so habe er immer auf die Amerikaner gesetzt.

Nach der vom Herrn Bundeskanzler in seiner Münchener Rede angedeuteten Initiative befragt, sagte der Herr Minister, es liege noch nichts Konkretes vor. Seine These sei die, daß man die Zusammenarbeit innerhalb der EWG fortsetzen, die Zusammenlegung der drei Exekutiven<sup>19</sup> durchführen und dann auf die britischen Wahlen<sup>20</sup> warten sollte. In der Zwischenzeit sollte man sich darum bemühen, eine gute europäische Atmosphäre zu schaffen und die Kennedy-

<sup>16</sup> Für den Wortlaut der Präambel im Ratifizierungsgesetz vom 15. Juni 1963 zum deutsch-französischen Vertrag vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 705.

<sup>17</sup> Für den Wortlaut der Rede des Bundeskanzlers Erhard vor der Landesversammlung der CSU am 12. Juli 1964 in München vgl. BULLETIN 1964, S. 1061–1067.

<sup>18</sup> Bundeskanzler Erhard hielt sich am 8./9. Juli 1964 in Begleitung der Bundesminister Schröder und Westrick zu einem Staatsbesuch in Dänemark auf. Während seiner Abwesenheit trafen sich die Vorsitzenden der CDU und der CSU, Adenauer und Strauß, am 8. Juli 1964 in Bonn zu einer Unterredung, nach der sie öffentlich für eine baldige Europa-Initiative der Bundesregierung und – sollte sie nicht die Zustimmung aller EWG-Staaten finden – für deren vorgreifende Umsetzung durch Frankreich und die Bundesrepublik eintraten. Für das Communiqué über die Gespräche des Bundeskanzlers Erhard mit Ministerpräsident Krag und weiteren Mitgliedern der dänischen Regierung vgl. BULLETIN 1964, S. 1029f. Zur Initiative von Strauß und Adenauer vgl. den Artikel „Adenauer und Strauß dringen auf Vorschläge an Frankreich“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 156 vom 9. Juli 1964, S. 1.

<sup>19</sup> Zur Fusion der Exekutiven der drei Gemeinschaften vgl. Dok. 22, Anm. 5, sowie zuletzt Dok. 59. Vgl. dazu weiter Dok. 216.

<sup>20</sup> Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt.

Runde<sup>21</sup> zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen. Dann könnte man möglicherweise an eine neue Initiative denken.<sup>22</sup>

Die Unterredung endete gegen 9.30 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

197

### **Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem belgischen Außenminister Spaak**

**Z A 5-94.A/64 geheim**

**14. Juli 1964<sup>1</sup>**

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 14. Juli 1964 um 11.20 Uhr den belgischen Außenminister Spaak zu einem Gespräch.

Zu der Möglichkeit der Ausarbeitung eines neuen Projekts<sup>2</sup> erklärte der Herr Minister, es stelle sich die Frage, welchen Inhalt ein solches Projekt haben soll, wie es ausgearbeitet werden, wer es vorlegen solle, sowie die Frage des Zeitpunkts und des Verfahrens. Die entscheidende Frage sei natürlich der Inhalt, d.h., ob etwas gefunden werden könne, worüber die Sechs einig sein könnten. Er sei nicht sicher, daß sich Frankreich heute noch auf den letzten Stand des zweiten Fouchet-Planes<sup>3</sup> festlegen lasse.

Außenminister Spaak wies darauf hin, daß er es für absolut notwendig halte, jetzt etwas zu tun. Die europäische Idee verliere an Anziehungskraft, wenn keine weiteren Fortschritte erzielt würden. Darüber hinaus bestehe die Gefahr eines gesteigerten Nationalismus in den einzelnen Ländern. Er sei zu einem neuen Anlauf bereit. Er habe auch einige Gedanken, was man möglicherweise tun könne. Vor den britischen Wahlen<sup>4</sup> könne man jedoch nicht die Hoffnung haben, irgend etwas Offizielles zu unternehmen, da Holland sicher-

<sup>21</sup> Zur Kennedy-Runde vgl. weiter Dok. 207.

<sup>22</sup> Zur Frage einer neuen Initiative für die europäische politische Zusammenarbeit vgl. weiter Dok. 197 und Dok. 198.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 15. Juli 1964 gefertigt.

Hat Bundesminister Schröder am 16. Juli 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens verfügte: „Keine weitere Verbreitung – Geheimhaltung“.

<sup>2</sup> Zur Frage einer neuen Initiative für die europäische politische Zusammenarbeit vgl. zuletzt Dok. 196.

<sup>3</sup> Zu den von Frankreich initiierten Fouchet-Plänen vom 2. November 1961 bzw. 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

Die zweite Fassung wurde als französischer Alternativvorschlag in den Vertragsentwurf für eine europäische politische Union aufgenommen, den die von den Regierungen der EWG-Staaten eingesetzte Kommission am 15. März 1962 verabschiedete. Vgl. dazu Dok. 193, Anm. 3.

<sup>4</sup> Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt und führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

lich nicht mitmachen würde.<sup>5</sup> Dennoch könnte mit der Vorarbeit begonnen werden, damit im Oktober einige Gedanken schon fertig ausgearbeitet seien. Man werde dann sehen, welche Haltung Großbritannien einnehme, und bei Vorlage präziser Gedanken möglicherweise die Holländer zum Mitmachen bewegen. Die Vorbereitungsarbeit könne bilateral zwischen Belgien und Deutschland beispielsweise erfolgen, wobei natürlich Holland, Italien und Frankreich auf dem laufenden gehalten würden, sobald sich irgendwelche präzisen Gedanken herausgebildet hätten.

Der Herr *Minister* bezeichnete einen Gedankenaustausch als nützlich. Die deutsche Seite habe sich am Samstag vor einer Woche von den Franzosen mit der Bemerkung verabschiedet, daß im Rahmen der deutsch-französischen Konsultation ein Gespräch über ein möglicherweise vorzuschlagendes Verfahren stattfinden solle.<sup>6</sup> Dieses Gespräch habe noch nicht stattgefunden. Die beiden Probleme seien, ein richtiges Verfahren zu finden sowie den Inhalt eines akzeptablen Vorschlasses festzustellen. Im Augenblick neige er dazu, zunächst<sup>7</sup> dieses Prozedurgespräch mit Frankreich durchzuführen. Unabhängig davon aber ließen sich bereits Gedanken für einen neuen Entwurf vorbereiten. Dabei seien möglichst zahlreiche bilaterale Kontakte wertvoll, mit Belgien, aber auch mit Italien, Holland und Luxemburg, da niemand es wagen würde, einen Entwurf vorzulegen, der dann von den anderen abgelehnt würde. Gerade Deutschland befindet sich in einer Situation, wo es die Ablehnung einer Initiative kaum ertragen könnte. Das sei die Rolle, in der sich auch der Bundeskanzler augenblicklich befindet. Seit seiner Amtsübernahme<sup>8</sup> habe er in zahlreichen Hauptstädten vorgefühlt und sei schließlich mit der Überzeugung zurückgekehrt, daß es im Augenblick nicht möglich sei, eine Einigung über einen konkreten Anfang zu finden.<sup>9</sup> Dem entspreche die sehr skeptische und negative Analyse der Franzosen, die der Auffassung seien, es sei nutzlos, etwas Gemeinsames mit den vier anderen zu versuchen. Natürlich würden die Franzosen einen Vorschlag, der ihnen gemacht würde, prüfen. Sie glaubten aber nicht, daß solche Vorschläge möglich seien, weil das britische Problem dann sofort eine Rolle spiele. Die französische Schlußfolgerung sei demzufolge, nur eine deutsch-französische Zusammenarbeit könne Impuls und Motor für eine weitere europäische Einigung darstellen. Die Situation sei für Deutschland, das ernstlich an einer größeren Union interessiert sei, sehr schwierig. Die Situation werde für Deutschland insofern erschwert, weil der Fehlschlag einer neuen Initiative in vielen Kreisen in Deutschland die Reaktion auslösen würde, man sollte nicht auf alle anderen warten, sondern mit der Zusammenarbeit mit Frankreich beginnen in der Hoffnung, daß dieser Kreis eines Tages ausgeweitet werden könnte. Diese Kreise sähen nicht, daß die Zusammenarbeit mit Frankreich praktisch schon den Punkt erreicht habe, der angesichts der konkreten politischen Schwierigkeiten überhaupt denkbar sei.

<sup>5</sup> Zur ablehnenden Haltung der niederländischen Regierung gegenüber einer neuen europapolitischen Initiative vgl. zuletzt Dok. 178.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 188.

<sup>7</sup> Dieses Wort wurde von Bundesminister Schröder handschriftlich eingefügt.

<sup>8</sup> Nach dem Rücktritt von Konrad Adenauer am 15. Oktober 1963 wurde Ludwig Erhard am 16. Oktober 1963 zum Bundeskanzler gewählt.

<sup>9</sup> Vgl. dazu bereits Dok. 180, besonders Anm. 4.

Ein Fehlschlag einer neuen Initiative würde Deutschland psychologisch stärker in eine Lage zwingen, aus der keine Ergebnisse zu erwarten seien.

Außenminister *Spaak* teilte die Auffassung, daß ein erneuter Fehlschlag dem europäischen Gedanken abträglich wäre. Ganz offen gestanden sei er jedoch der Meinung, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit bereits das höchstmögliche Maß erreicht habe, da in zwei wesentlichen Punkten (allgemeine Beziehungen zur angelsächsischen Welt und insbesondere Amerika sowie militärische Organisation der NATO) ein tiefgreifender Meinungsunterschied zwischen Deutschland und Frankreich bestehe. Er könne sich nicht vorstellen, wie man in der außenpolitischen und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit sehr viel weiter kommen könnte. Er glaube nicht, daß Deutschland ein vereinigtes Europa im Auge habe, das sich von Amerika entferne. Auf dem Verteidigungssektor werde Deutschland auch nicht den von Couve de Murville im Haag vorgetragenen Gedanken einer extremen militärischen Desintegration<sup>10</sup> akzeptieren. Er halte es nicht für möglich, in Europa heute Fortschritte zu machen, indem Deutschland und Frankreich gemeinsam eine Initiative ausarbeiten und den anderen vorschließen. Die anderen Vier wären wegen dieser im voraus zustande gekommenen Allianz sehr beunruhigt. Er wolle natürlich kein deutsch-französisches Gespräch verhindern, doch meine er, daß ein solches Gespräch nicht auf diese beiden Länder beschränkt sein dürfe, sondern Deutschland bilateral auch feststellen müsse, ob die anderen zum Mitmachen bereit wären. Bei solchen Gesprächen müsse man natürlich in konkrete Einzelfragen eingehen. Er sei weniger skeptisch als die Franzosen, denn in der europäischen Bewegung habe es immer den Wechsel von Auf und Ab gegeben. Er habe den Eindruck, daß denkende Menschen heute von der Notwendigkeit, etwas zu tun, überzeugt seien, denn sonst würde auch die EWG selbst in Gefahr kommen. Der Gemeinschaftsgeist habe in den letzten Monaten nachgelassen, und eine zu lange Stagnation der europäischen Anstrengungen würde sich sogar auf die Wirtschaftsgemeinschaft negativ auswirken. So sehe seines Erachtens die deutsche Regierung die Frage, so sehe er sie selbst. Er werde sicherlich kaum Mühe haben, die Italiener und Luxemburger davon zu überzeugen. Natürlich bleibe immer noch das englische Problem, das vor allem in Holland besonders deutlich empfunden werde. Was die französische Skepsis anbelange, so wisse er nicht, wie er sie auslegen solle. Wenn Frankreich wirklich glaube, daß man nur auf dem Wege einer Einigung mit Deutschland Europa zu Fortschritten verhelfen könne, so täusche es sich. Wäre Frankreich aber selbst zu einer gemäßigten Anstrengung bereit, dann sei er schon viel weniger pessimistisch.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, wenn es in der Substanz eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik gebe, wäre es relativ einfach, den organisatorischen Rahmen dafür zu finden. Die letzte Wurzel der augenblicklichen Schwierigkeiten liege darin, daß es keine gemeinsame Politik gebe. Dies sei nach dem letzten deutsch-französischen Gespräch besonders deutlich geworden. Die Frage sei nun, ob alle Beteiligten trotz dieser Tatsache bereit genug wären, gewisse organisatorische Schritte zu tun, gewisse Einrichtungen zu

<sup>10</sup> Zu den Ausführungen des französischen Außenministers auf der Sitzung des NATO-Ministerrats am 13. Mai 1964 in Den Haag vgl. Dok. 127.

schaffen, die den Rahmen bilden könnten für weitergehende Bemühungen um eine gemeinsame Politik. Dies gelte auch in gewissem Sinne für den Gemeinsamen Markt, der Diskussionsforum für alle Probleme sei, auch für jene, wo noch keine gemeinsame Politik erarbeitet worden sei. Er selbst ziehe daraus die Schlußfolgerung, daß auch die Einrichtung gewisser Institutionen einen Beitrag zu einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik leisten könnte. Das Nichtbestehen einer gemeinsamen Politik dürfe nicht zu der Schlußfolgerung führen, daß man keine gemeinsamen Institutionen einrichten könne. Man dürfe sich andererseits nicht täuschen, daß die französische Neigung zu gemeinsamen Institutionen sehr gering sei, wenn sie nicht gleich Null sei. Dies sei die Hauptschwierigkeit. Trotzdem müsse man den Versuch machen und gewisse gemeinsame Institutionen vorschlagen, und vielleicht könnte die Bundesrepublik diejenige sein, die einen solchen Vorschlag machen könnte, wenn bilateral genügend Vorarbeit geleistet worden sei.<sup>11</sup> Endgültig wolle er sich dazu allerdings noch nicht äußern.

Außenminister *Spaak* erwiederte, er könne diese Dinge natürlich sehr schwer beurteilen. Es klinge nach einer Versteifung der französischen Politik. Befinde sich Frankreich heute diesseits des zweiten Fouchet-Planes, dann seien die Schwierigkeiten natürlich erheblich. Er verstehe andererseits nicht, wohin diese Politik Frankreich denn führe. Frankreich könne doch kaum annehmen, daß die deutsche Regierung ihre Amerika- und Verteidigungspolitik ändern werde. Könnte Frankreich diese Hoffnung haben, dann könnte es allerdings eine deutsch-französische Allianz erwarten. Nach Lage der Dinge sei dies aber doch praktisch unmöglich. Er halte es daher für richtig, die Franzosen zu einer klaren Aussage zu zwingen. Mache man einen vernünftigen und gemäßigten Vorschlag über die Schaffung einer neuen Etappe auf dem Wege der europäischen Organisation, dann könne Frankreich nur schwerlich nein sagen. Selbst de Gaulle und alle französischen Sprecher in den internationalen Organisationen hätten immer wieder erklärt, sie seien für eine neue Etappe auf dem Wege nach Europa. Würde man nun einen Vorschlag machen, über den sich Belgien, Deutschland, Holland, Italien und Luxemburg geeinigt hätten, dann könnte Frankreich nicht nein sagen. Habe sich Frankreich jedoch sogar von dem Fouchet-Plan zurückgezogen und wolle nur noch mit Deutschland zusammenarbeiten, dann veränderte sich natürlich die Situation vollständig.

Der Herr *Minister* bemerkte, er würde zwar nicht ganz so weit gehen, wie die letzte Schlußfolgerung von Außenminister Spaak, doch befürchte er, daß die französische Haltung im Verhältnis zur Haltung am 17. April 1962<sup>12</sup> negativer geworden sei und sich verstellt habe. Damals habe es einen französischen Elan gegeben, der weitergegangen sei, als wozu Frankreich heute bereit sei. In Frankreich komme immer mehr der Unwillen auf, weil nicht gelungen sei, was

<sup>11</sup> Zur Europa-Initiative der Bundesregierung vgl. weiter Dok. 198.

<sup>12</sup> Auf der Konferenz der EWG-Außenminister am 17. April 1962 in Paris erklärte sich der französische Außenminister zu Konzessionen bereit, die insbesondere die Fortentwicklung der Integration sowie das Verhältnis der geplanten europäischen Union zur NATO betrafen. Vgl. dazu die Aufzeichnung der „Arbeitsgruppe Europäische politische Zusammenarbeit“ vom 10. September 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8426; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 196; Maurice COUVE DE MURVILLE, Une politique étrangère, Paris 1971, S. 375 f.

Frankreich als eine europäische Politik betrachte. Der Ausgangspunkt sei heute also schlechter als im April 1962. Trotzdem glaube er, daß man alle mit einem neuen positiven Projekt für die Entwicklung einer Politischen Union konfrontieren müsse. Er wage natürlich keine Voraussage darüber, wie ein solcher Gedanke in Frankreich aufgenommen werden würde. Man dürfe sich aber nicht täuschen, daß die französische Haltung heute negativer geworden sei, und er sehe keine Möglichkeit, diese aufzulockern. Es habe in Deutschland gewisse Ideen gegeben, man könnte möglicherweise mit vier Ländern (Frankreich, Luxemburg, Belgien, Deutschland) anfangen, um so dem italienischen und holländischen Problem aus dem Weg zu gehen. Er halte diesen Gedanken jedoch nicht für fruchtbar. Da ein vorbereitender Ausschuß der Sechs (wie die Fouchet-Kommission<sup>13</sup>) heute nicht möglich sei, werde es notwendig werden, daß ein Partner einen Vorschlag mache, der natürlich zuvor mit den Beteiligten abgestimmt werden müsse. Die sei der einzige praktische Weg, den er sehe.

Außenminister *Spaak* erklärte, der Vorschlag, mit vier Ländern zu beginnen, sei seines Erachtens unrealistisch. Im übrigen verstehe er nicht, warum man Italien dabei ausschließe. Italien habe zwar unmittelbare Schwierigkeiten<sup>14</sup>, sei jedoch noch nie so atlantisch gewesen wie heute. Die pro-britischen Erklärungen Italiens hinderten jenes Land seiner Ansicht nach nicht daran, mitzumachen. Offen bleibe das holländische Problem. Er werde seinen holländischen Kollegen wieder treffen und ihn von den neuen Elementen in Kenntnis setzen.<sup>15</sup> Auch wenn man vor Oktober noch nichts Definitives unternehmen könne, so könne man doch in der Zwischenzeit bereits vorankommen. Was das Verfahren anbelange, so sei Deutschland vielleicht wirklich der geeignete Partner, um einen solchen Vorschlag zu machen. Man könne Deutschland sehr wohl auf diplomatischem Wege gewisse Ideen auf der Grundlage des Fouchet-Planes zukommen lassen. Wenn man von Frankreich natürlich überhaupt nichts erhalten könne, sei die Sache hoffnungslos. Trotzdem halte er es für möglich, zu akzeptablen Kompromißlösungen zu kommen. Er werde sich gestatten, seine Gedanken in einem Memorandum der Bundesregierung zu kommen zu lassen.<sup>16</sup> Bei diesen Gedanken sei er ausgegangen von dem letzten Fouchet-Plan. Damals habe es drei Schwierigkeiten gegeben: die Treue zum Atlantischen Bündnis, die Notwendigkeit einer Formel, welche die Vollmachten der Europäischen Wirtschaftskommission nicht einschränke, und drittens die zukünftigen Perspektiven. Letzteren Punkt halte er für überaus wichtig. Diese Frage sei im April 1962 überhaupt nicht angeschnitten worden. Zum Atlantischen Bündnis hätten die Italiener eine Formel ausgearbeitet, die wohl

<sup>13</sup> Zum Fouchet- bzw. Cattani-Ausschuß vgl. Dok. 178, Anm. 4.

<sup>14</sup> Zur Lage in Italien vgl. Dok. 180, Anm. 8.

<sup>15</sup> Mit Drahtbericht vom 27. Juli 1964 informierte Botschafter Siegfried, Brüssel, über die Mitteilung des belgischen Außenministers, „daß er inzwischen vertraulich über die Notwendigkeit, nicht untätig zu bleiben, auch mit dem holländischen Außenminister Luns gesprochen hätte, der sich rezeptiv verhalten, aber nicht widersprochen habe“. Vgl. Ministerbüro, VS-Bd. 8419; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>16</sup> Für das Memorandum des belgischen Außenministers vom 27. Juli 1964 vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 131.

das Problem beigelegt hätte.<sup>17</sup> Dasselbe gelte für die Frage der Befugnisse der Kommission. Der Hauptpunkt sei daher die zukünftige Entwicklung. Er habe sich nun gedacht, man sollte nicht unmittelbar einen Vertrag abschließen, sondern nur ein nicht ratifizierungsbedürftiges provisorisches Abkommen, das zur Probe auf drei Jahre gelten sollte. Man könne dann den Text des Fouchet-Planes nehmen. Das wichtigste für ihn sei dabei der Artikel 9. Artikel 9 habe eine Politische Kommission vorgesehen, die aus Vertretern der einzelnen Länder zusammengesetzt sei.<sup>18</sup> Er frage nun, ob es nicht möglich wäre, anstatt einer solchen Politischen Kommission aus sechs nationalen Vertretern eine Kommission mit nur drei Vertretern zu haben, die von den sechs Ländern zu bestellen wären, erneuert werden müßten, damit jedes Land im Laufe dieser drei Jahre irgendwann einmal in dieser Politischen Kommission vertreten sei. Dies hätte den Vorteil, diesem Organ einen klaren Gemeinschaftscharakter zu geben. Für ihn wäre dies ein bedeutsamer Fortschritt. Darüber hinaus könnte die Befugnis der Parlamente gestärkt werden, denen man eine freie Diskussion aller in die Zuständigkeit dieses neuen Organs fallenden Fragen zubilligen müßte. Diese Kommission könnte unter anderem den Auftrag erhalten, einen endgültigen Vertrag auszuarbeiten, der nach drei Jahren zu schließen wäre. Damit wäre den Ländern, die an dem Experiment keinen Gefallen gefunden hätten, die Möglichkeit gegeben, sich zurückzuziehen.

Der Herr *Minister* bezeichnete diesen Gedanken als höchst interessant. Besonders die Idee eines probeweisen provisorischen Abkommens gefalle ihm. Er fragte dann, welcher Art die drei Mitglieder einer Politischen Kommission sein sollten, welchen Rang sie haben und welche Aufgaben sie wahrzunehmen hätten.

Außenminister *Spaak* erklärte zu dem provisorischen Charakter des Abkommens, daß er glaube, hiermit die holländischen Schwierigkeiten überwinden zu können, da man den Holländern sagen könnte: Machen wir einen Anfang, eine endgültige Regelung wird erst in drei Jahren getroffen. Bis dahin werde man dann auch sehen, was England wolle. Was die Zusammensetzung der Kommission aus drei Mitgliedern anbelange, so würde dies den Anfang des Gemeinschaftsgeistes darstellen. Man müsse dann im einzelnen sehen, wie durch Losentscheidung ausgewählt würde, welche Länder zunächst in der Kommission vertreten wären, und wie die Ablösung im Laufe der drei Jahre erfolgen könnte. Jedes Land, das durch Losentscheid zur Entsendung eines Mitglieds in die Politische Kommission berechtigt wäre, könnte natürlich den Vertreter entsenden, den es wolle. Die Aufgaben seien die in Artikel 9 des Fouchet-Planes vorgesehenen Aufgaben mit dem Zusatz, daß die Politische Kom-

<sup>17</sup> Der italienische Ergänzungsvorschlag für die Präambel im Vertragsentwurf für eine europäische politische Union lautete: „In dem Bewußtsein, daß die Sicherheit durch ein gemeinsames Vorgehen auf dem Gebiet der Verteidigung, das zur Verstärkung des Atlantikpakts beitragen wird, aufrechterhalten werden muß“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 486.

<sup>18</sup> Innerhalb des Abschnitts über die Institutionen der geplanten politischen Union bestimmte Artikel 9 des zweiten Fouchet-Plans vom 18. Januar 1962: „Die politische Kommission setzt sich aus Vertretern zusammen, die von jedem Mitgliedstaat benannt werden. Sie bereitet die Beratungen des Rates vor und wacht über die Ausführung seiner Beschlüsse. Sie nimmt alle weiteren Aufgaben wahr, die ihr der Rat zu übertragen beschließt. Sie verfügt über das erforderliche Personal und die erforderlichen Dienste.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 474.

mission einen endgültigen Vertrag auszuarbeiten hätte. Wie sich der Herr Minister sicherlich erinnere, habe er (Spaak) nach dem 17. April 1962 gewisse Vorschläge für die Schaffung einer Politischen, Verteidigungs- und Kulturkommission als Gegenstück zur Europäischen Wirtschaftskommission gemacht.<sup>19</sup> Inzwischen sei er weniger ehrgeizig geworden und komme daher mit dem Vorschlag, eine Politische Kommission mit nur drei Mitgliedern zu ernennen. Weiterhin müßte natürlich die Befugnis des Parlaments vergrößert werden. Letztlich handle es sich um einen leicht abgeänderten Fouchet-Plan, gegen den kaum jemand sehr viel einwenden könnte. Falls das Experiment von irgendeinem Land als nicht gelungen angesehen werde, müsse dieses Land die Möglichkeit haben, sich nach drei Jahren ehrenvoll zurückzuziehen. Dasselbe gelté, falls ein Land sich mit dem von der Politischen Kommission ausgearbeiteten Vertragsentwurf nicht einverstanden erklären könnte. Dieser definitive Vertrag wäre etwa das, was Artikel 16 des Fouchet-Planes vorsehe, nämlich eine Revision im Lichte der Erfahrungen.<sup>20</sup>

Der Herr *Minister* bezeichnete diese Ausführungen erneut als sehr interessant. Zur Erhellung der Prognose müsse man natürlich einmal sehen, wie die französische, holländische und britische Reaktion aussehe. Was Frankreich anbelange, so bestéhe dort sicherlich eine starke Opposition gegen jeden Gemeinschaftscharakter. Man könne jedoch einen Versuch wagen. Für Holland stelle sich die Frage, ob dieser Entwurf integrationistisch genug sei. Aber auch das könne man wohl positiv beantworten. Was England anbelange, so könnte er sich vorstellen, daß es zur Annahme eines solchen Vorschlags bereit wäre. Sollte England dazu bereit sein, so erhebe sich natürlich das Problem des Europäischen Parlaments, in dem England nicht vertreten sei. Er sehe nicht recht, wie man mit diesem Problem fertig werden könnte, es sei denn, man nehme die WEU-Versammlung. Das wäre insofern gut, als in diesem Rahmen ohnehin die Zusammenarbeit mit England stattfinde<sup>21</sup> und sich somit nicht sofort die Frage nach weiteren Beitreten stelle.

Außenminister *Spaak* bemerkte, für Frankreich werde sicherlich der Gedanke, eine Politische Kommission mit nur drei Mitgliedern zu haben, nicht

<sup>19</sup> Am 24. Juli 1962 unterbreitete der belgische Außenminister Staatspräsident de Gaulle schriftlich den Vorschlag, „im Rahmen des Fouchet-Plans eine politische Europakommission zu schaffen, die nicht aus Beamten besteht, die von ihren Regierungen abhängen, sondern deren Mitglieder, von allen Partnern gemeinsam ernannt, unabhängig wären und deren Aufgabe im wesentlichen darin bestünde, das Gemeinschaftsinteresse gegenüber den nationalen Regierungen zu vertreten und zu verteidigen“. Bei seinen Gesprächen am 26. Juli 1962 in Bonn erläuterte Spaak diesen Gedanken Bundeskanzler Adenauer und Bundesminister Schröder. Für den Wortlaut des Schreibens an de Gaulle vgl. Paul-Henri SPAAK, Combats inachevés. Bd. 2: De l'espérance aux déceptions, Paris 1969, S. 372–375. Zu den Gesprächen mit Adenauer und Schröder vgl. BULLETIN 1962, S. 1177, sowie OSTERHELD, Kanzlerjahre, S. 137.

Vgl. auch Dok. 112, Anm. 8.

<sup>20</sup> Artikel 16 des zweiten Fouchet-Plans vom 18. Januar 1962: „Drei Jahre nach Inkrafttreten des vorliegenden Vertrags wird eine Revision vorgenommen, mit der die Maßnahmen geprüft werden, welche geeignet sind, die Union entweder ganz allgemein entsprechend den gemachten Fortschritten zu stärken oder insbesondere die verschiedenen Modalitäten der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu vereinfachen, zu rationalisieren und zu koordinieren.“ Vgl. EUROPÄISCHE ARCHIV 1964, D 482.

<sup>21</sup> Zur Vereinbarung regelmäßiger Kontakte zwischen den EWG-Staaten und Großbritannien im Rahmen der WEU vgl. Dok. 12, Anm. 15.

sehr angenehm sein. Die Frage sei nur, ob Frankreich nicht doch zu einer bescheidenen Konzession zu bewegen sei. Die Holländer seien nicht ganz so integrationistisch, denn wenn sie England dabei haben wollten, dann müßten sie ohnehin sehr viel Wasser in ihren Integrationswein gießen. Für Holland sei es immer ein bißchen die Frage, ob eine solche Organisation mit oder ohne England gemacht werde. Der Vorteil des Experiments liege darin, daß man einen Anfang machen könne, ohne schon von vornherein gebunden zu sein. Was England anbelange, so könne man natürlich die parlamentarische Versammlung auswählen. Das Parlament habe ohnehin keine große Verantwortung. Es sei auch nicht ausreichend, dem Parlament nur das Recht zur Stellungnahme einzuräumen, wenn es darum vom Ministerrat gebeten werde. Man müsse ihm die Freiheit erlauben, über alle in die Zuständigkeit der neuen Institution fallenden Fragen zu beraten. Er glaube, daß England die Teilnahme an einem solchen Parlament akzeptieren werde. In gewisser Weise komme dies sogar der britischen These nahe, daß das Parlament in den europäischen Dingen nicht genügend Vollmachten habe. Das eigentliche Problem sei vielmehr, ob die Mitgliedschaft in der Politischen Union eine Mitgliedschaft in der EWG zur Voraussetzung habe.

Der Herr *Minister* verwies darauf, daß er schon im April 1962 erklärt habe, daß es sicherlich wünschenswert sei, daß ein Mitglied der Politischen Union auch Mitglied der EWG sei. Aber dies sollte nicht zwingend vorgeschrrieben werden. Gerade wenn man an Fortschritte mit England denke, sollte man hier etwas elastischer sein.<sup>22</sup> Besonders faszinierend an den Gedanken von Herrn Spaak finde er die Idee des provisorischen Abkommens, welches viele dazu bewegen könnte mitzumachen, die sich noch nicht sofort festlegen wollten. Dieser Vorschlag sei gerade von deutscher Seite her gesehen höchst interessant.

Außenminister *Spaak* erklärte, er selbst wäre natürlich damit einverstanden, gegenüber England flexibler zu sein. Es werde aber äußerst schwer fallen, die Franzosen davon zu überzeugen. Letztlich wollten die Franzosen nicht, daß England an einem politischen Europa assoziiert sei, wenn es nicht gleichzeitig die wirtschaftlichen Verpflichtungen übernehme. Ein weiteres Element seien allerdings die britischen Wahlen im Oktober. Komme Labour an die Macht, so sei er keineswegs sicher, daß Labour etwa daran teilnehmen wolle.

Der Herr *Minister* faßte zusammen, daß Außenminister Spaak das Memorandum einsenden werde, wobei man sich deutscherseits dann Gedanken machen werde. Man sollte tatsächlich von der Arbeitshypothese ausgehen, daß bis Herbst (ohne die britischen Wahlen zu nennen) ein Projekt dieser Art ausgearbeitet werden sollte, das dann von einem der Partner öffentlich vorgeschlagen werde in der Hoffnung, daß jene, die in der bilateralen Vorbereitungsarbeit damit einverstanden waren, dann günstig darauf reagierten.

<sup>22</sup> Bundesminister Schröder erklärte am 18. April 1962 vor der Presse in Paris: „Einige der sechs Regierungen glauben, daß der Vertrag über die politische Union erst unterzeichnet werden sollte, wenn feststeht, daß Großbritannien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft beitreten wird. Andere, und dazu gehören meine Regierung und die französische Regierung, möchten mit der politischen Union vorangehen in der sicheren Erwartung, daß Großbritannien sowohl der EWG wie dieser politischen Union beitreten wird.“ Vgl. BULLETIN 1962, S. 653 f.

Der Herr Minister kam dann auf die MLF zu sprechen und betonte, wie sehr es der Bundesregierung am Herzen liege, wenn Belgien hier eine positive Haltung einnehme.<sup>22</sup>

Außenminister *Spaak* sagte, er müsse ganz ehrlich sagen, daß er persönlich die MLF-Idee für sehr gut halte, im Augenblick aber in Belgien keine Mehrheit dafür finden könne. Möglicherweise würde es ihm gelingen, nach den im April nächsten Jahres stattfindenden Wahlen in Belgien<sup>23</sup> eine solche Mehrheit zusammenzutrommeln.

Das Gespräch endete um 13 Uhr.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

198

### Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem belgischen Außenminister Spaak

Z A 5-97.A/64 geheim

14. Juli 1964<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 14. Juli 1964 um 15.30 Uhr den belgischen Außenminister Paul-Henri Spaak zu einem Gespräch.

Einleitend sagte der Herr *Bundeskanzler*, Außenminister Schröder habe Herrn Spaak bereits über das dramatische Gespräch mit de Gaulle berichtet<sup>2</sup>, in dem der Gegensatz offen zutage getreten sei. Er habe am vergangenen Sonntag innerdeutsch dasselbe Problem in München zu behandeln gehabt.<sup>3</sup> Das Problem in Deutschland sei allerdings nicht so erregend, wie es von außen den Anschein haben könnte, denn die sogenannten Gaullisten<sup>4</sup> seien zwar sehr lautstark, doch hätten sie keine Resonanz. Sie bauten eine Fassade auf, hinter der keine Kraft und kein Impuls stehe. Die Deutschen wollten Europa genau so wie Herr Spaak, und die europäische Idee übe eine Faszination auf das deutsche Volk aus. Nach dem Zusammenbruch der falschen Werte der Vergangenheit brauche das deutsche Volk etwas für seine Phantasie und für

<sup>22</sup> Zur belgischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. Dok. 112.

<sup>23</sup> Die Wahlen zum belgischen Parlament fanden am 23. Mai 1965 statt.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 15. Juli 1964 gefertigt.

<sup>2</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit Außenminister Spaak am 14. Juli 1964 vgl. Dok. 197.

<sup>3</sup> Zu den deutsch-französischen Regierungsbesprechungen am 3./4. Juli 1964 in Bonn vgl. Dok. 180-188.

<sup>3</sup> Zur Rede des Bundeskanzlers Erhard auf der Landesversammlung der CSU am 12. Juli 1964 vgl. Dok. 195, Anm. 3.

<sup>4</sup> Zur Auseinandersetzung innerhalb der CDU/CSU zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ vgl. Dok. 194, Anm. 1.

seinen Glauben an die Zukunft. Dieses Europa aber sei nicht das Europa, das man Deutschland aufzwingen wolle. Ganz offen gesagt laufe es darauf hinaus, daß an die übrigen Sechs die Frage gestellt werden sollte, ob sie mitmachen wollten, und wenn sie dies verweigerten, würden Deutschland und Frankreich die moralische Legitimation haben, alleine zu bleiben. Dies aber sei eine unmögliche Politik, die er niemals mitmachen werde.

Auf Bitte des Herrn Bundeskanzlers erläuterte Herr *Spaak* dann seine Gedanken für eine Wiederaufnahme der europäischen Idee.<sup>5</sup> Zunächst wolle er sagen, daß jetzt etwas unternommen werden müsse, denn wenn die europäische Idee statisch bleibe, dann laufe man Gefahr, daß die Menschen ihr Vertrauen auf Europa verlören. Er habe daher den letzten Fouchet-Plan<sup>6</sup> vorgenommen, wo drei große Fragen den Widerspruch Frankreichs herausgefordert hätten. Erstens habe man nicht sagen wollen, daß ein vereinigtes Europa seinen Platz in einer atlantischen Gemeinschaft haben werde, zweitens wäre es notwendig gewesen, eine Formel zu finden, um dafür zu sorgen, daß die EWG neben der neu zu schaffenden Institution stehe, und drittens habe man einen klaren Ausblick auf die Zukunft haben wollen. Der dritte Punkt sei von besonderer Bedeutung, denn man könne zwar Kompromisse schließen und in Stufen vorgehen, brauche jedoch die Vision des Ziels. Auf der Grundlage des Fouchet-Plans habe er sich daher überlegt, ob man nicht anstelle eines Vertrages zunächst ein auf drei Jahre befristetes provisorisches und nicht ratifikationsbedürftiges Abkommen schließen könnte, sozusagen auf Probe. Nach Ablauf der drei Jahre wäre es notwendig, einen endgültigen Vertrag auszuarbeiten, um die Europäische Union stärker zu institutionalisieren. Der Vorteil liege darin, daß jemand, der nach drei Jahren feststelle, daß das Experiment nicht der Mühe wert sei, sich zurückziehen könne. Der zweite Vorteil sei darin zu sehen, daß auf diese Weise wahrscheinlich die Holländer am leichtesten zum Mitmachen überredet werden könnten, da man nach drei Jahren wissen werde, wie die britische Politik aussehe und Holland dann immer noch in seiner Entscheidung frei sei. Während der drei Jahre wäre eine Zuständigkeit des neuen Organs die Ausarbeitung des endgültigen Vertrages. Das provisorische Abkommen würde etwa dem letzten Fouchet-Plan entsprechen, wobei anstelle der ursprünglich aus sechs nationalen Vertretern zusammengesetzten Politischen Kommission eine nur aus drei Vertretern zusammengesetzte Politische Kommission treten würde, die von den sechs Regierungen ernannt wären. Damit wäre ein bescheidener Anfang einer Gemeinschaftsorganisation gemacht. Natürlich müßte eine gewisse Ablösung in der Mitgliedschaft vorgesehen werden, damit jedes Land während der drei Jahre irgendeinmal in der Kommission vertreten wäre. Diese Kommission hätte die Zuständigkeiten, die im Fouchet-Plan vorgesehen seien, außerdem die Aufgabe, den endgültigen Vertrag auszuarbeiten. Auf der Grundlage des Fouchet-Planes wäre es auch notwendig, die Rolle des Parlaments etwas zu stärken, das frei sein sollte, über alle in die Zuständigkeit des neuen Organs fallenden Fragen zu diskutieren. Der Herr Bundeskanzler erinnere sich vielleicht, daß er (*Spaak*) einmal als

<sup>5</sup> Vgl. dazu bereits Dok. 197.

<sup>6</sup> Zum zweiten Fouchet-Plan vom 18. Januar 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10. Vgl. dazu auch Dok. 193, Anm. 3.

Pendant zu der Europäischen Wirtschaftskommission die Schaffung einer Politischen Kommission vorgeschlagen habe.<sup>7</sup> Diesen Gedanken gebe er auf und setze an diese Stelle die aus drei Mitgliedern bestehende Politische Kommission im Rahmen des Fouchet-Planes. Diese Kommission hätte keine supranationalen Vollmachten und keine Entscheidungsbefugnisse, sei jedoch die Anerkennung eines kommunautären Interesses und der Beginn des Dialogs zwischen diesem Organ und den Regierungen. Angesichts des in weiten Kreisen vorhandenen Wunsches, jetzt etwas zu unternehmen, halte er dieses Experiment für der Mühe wert. Er glaube, daß man Luxemburg und Italien leicht zum Mitmachen bewegen könne. Etwas schwieriger werde es vielleicht mit Holland. Dank des experimentellen Charakters könnte man jedoch möglicherweise auch Holland für diese Anstrengung gewinnen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, daß der Ausgangspunkt bei ihm derselbe gewesen sei wie bei Herrn Spaak. Bei Übernahme der Amtsgeschäfte als Bundeskanzler im Oktober vergangenen Jahres<sup>8</sup> habe er schon erklärt, wenn nun nichts auf dem europäischen Sektor unternommen würde, ginge die europäische Idee verloren, da der Automatismus der EWG nicht ausreiche, um zu Europa zu gelangen.<sup>9</sup> Er sei daraufhin in die verschiedenen Hauptstädte gereist, um dort Sondierungen anzustellen.<sup>10</sup> Wie Herr Spaak gesagt habe, wolle Frankreich nichts mit England unternehmen, Italien sei immer noch sehr ausgesprochen der Auffassung, daß es nichts ohne England unternehmen wolle. Die holländische Haltung sei klar. Seine Mission sei damit ein Fehlschlag gewesen. Sie habe jedoch das Gute gehabt, daß das Gespräch über Europa wieder eingesetzt habe und auch in Deutschland, wenn auch sehr umstritten, doch wieder begonnen habe. Weder de Gaulle noch Adenauer hätten seit 1962 irgend etwas in dieser Richtung unternommen. Er selbst könne sich sehr wohl vorstellen, was de Gaulle wolle, wozu er seine Zustimmung geben werde und wozu nicht. Wenn er es einmal drastisch sagen dürfe, so habe er den Eindruck, daß de Gaulle an einer Europäischen Union letztlich gar nichts gelegen sei. Er wolle lediglich, daß Deutschland möglichst eng an Frankreich gebunden sei. De Gaulle verlange, daß Deutschland eine zwar nicht Amerika-feindliche, aber doch von Amerika unabhängige europäische Politik betreibe, die es gemeinsam mit Frankreich betreiben solle. Alles übrige, was de Gaulle über Europa sage, sei reines Rankenwerk. Man müsse die Dinge ganz klar sehen. Er wolle gleich sagen, daß dies eine völlig unmögliche Vorstellung sei. In München habe er erklärt, je kleiner der Kreis der Länder um Frankreich und Deutschland sei, um so größer sei das Podium der Hegemonie. Deutschland wolle keine deutsche Hegemonie, wolle aber auch an keiner französischen Hegemonie sich beteiligen. Dies lehne er rundweg ab. In diesem Augenblick aber sei es für de Gaulle nicht mehr interessant. Sein (des Herrn Bundeskanzlers) Gedanke sei, daß man angesichts der von der WEU-Versammlung gefaßten

<sup>7</sup> Zu den Vorschlägen des Außenministers Spaak vom 24. Juli 1962 vgl. Dok. 197, Anm. 19.

<sup>8</sup> Nach dem Rücktritt von Konrad Adenauer am 15. Oktober 1963 wurde Ludwig Erhard am 16. Oktober 1963 zum Bundeskanzler gewählt.

<sup>9</sup> Für den entsprechenden Passus der Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963 vgl. Dok. 180, Anm. 22.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 180, Anm. 4.

Entschließung<sup>11</sup>, der sich alle Mitglieder angeschlossen hätten mit einigen wenigen Enthaltungen, vielleicht etwas vorsehen könnte, wo England von vornherein mit drin sei. Er glaube jedoch nicht, daß England vor den Wahlen<sup>12</sup> sich entscheiden werde, und auch nach den Wahlen wisse man nicht, wofür England optieren werde. Bei seinen Gesprächen mit Herrn Erlander<sup>13</sup> und Herrn Krag<sup>14</sup> habe er festgestellt, daß für diese Länder Europa um so mehr an Schrecken verliere, je weniger das Zentrum bei Deutschland und Frankreich liege und je stärker eine demokratische Kräfteverteilung vorherrsche. Dann wäre für diese Länder Europa leichter zu akzeptieren. Je kleiner also Europa sei, um so unmöglichwerde es, von den andern eine Bereitschaft zu erwarten, insbesondere wenn dieses Europa mit de Gaulleschen Gedanken gespickt sei. Je größer Europa sei, desto einfacher wäre es auch für europäische EFTA-Länder mitzumachen. Er habe sich ohnehin gefragt, ob denn notwendigerweise ein politisches Europa identisch mit der EWG-Mitgliedschaft sein müsse, oder ob man in einem zweiten Stadium die Einbeziehung anderer europäischer Länder vorsehen könnte.<sup>15</sup> Dies sei der Wunsch der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung, wie aus einer Meinungsumfrage hervorgehe, wo sich 76 v.H. dafür ausgesprochen hätten, daß das gesamte freie Europa dabei sein solle, während nur ein sehr kleiner Prozentsatz sich mit einer Zweierlösung zufrieden geben würde. Man müsse nun sehen, wie man Fortschritte machen könne. Er werde die Gedanken von Herrn Spaak sorgfältig prüfen, wolle jedoch feststellen, daß je kleiner Europa sei, desto auswegloser die Situation erscheine. Dies bedeute keine Ablehnung der Vorschläge von Herrn Spaak, sondern man müsse dann sehen, wie man innerhalb der drei Jahre Etappen für eine Vergrößerung des Kreises, insbesondere um Großbritannien, vorsehen könnte. Er habe in seinen Gesprächen in England<sup>16</sup> eine Klärung versucht, habe jedoch weder von den Konservativen noch von Labour eine Antwort erhalten. Seien einmal die britischen Wahlen vorbei, so würden die Dinge sicher leichter.

Herr *Spaak* wies darauf hin, daß weitgehend Einigkeit herrsche. Der Herr Bundeskanzler gehe genauso wie er von der Tatsache aus, daß etwas getan werden müsse, und zwar jetzt, wenn man die europäische Idee am Leben erhalten wolle. Er wäre dazu bereit, viel Wasser in seinen Wein zu gießen und manches zu akzeptieren, was seinem Ideal sehr fern liege. Das große Problem sei natürlich Großbritannien. Man wisse ganz und gar nicht, was Großbritan-

<sup>11</sup> Zur Entschließung der WEU-Versammlung vom 23. Juni 1964 vgl. Dok. 187, Anm. 12.

<sup>12</sup> Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt und führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

<sup>13</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit dem schwedischen Ministerpräsidenten am 9. März 1964 vgl. Dok. 67.

<sup>14</sup> Bundeskanzler Erhard hielt sich am 8./9. Juli 1964 in Begleitung der Bundesminister Schröder und Westrick zu einem Staatsbesuch in Dänemark auf. Für das Communiqué über die Gespräche mit Ministerpräsident Krag und weiteren Mitgliedern der dänischen Regierung vgl. BULLETIN 1964, S. 1029f.

Zu dem bei dieser Gelegenheit unterzeichneten Protokoll zur Verlängerung des Abkommens vom 22. Dezember 1958 über den deutsch-dänischen Warenverkehr vgl. Dok. 205, Anm. 1.

<sup>15</sup> Vgl. zu diesen Überlegungen bereits Dok. 180 und Dok. 187.

<sup>16</sup> Zu den deutsch-britischen Regierungsbesprechungen am 15./16. Januar 1964 in London vgl. Dok. 12-15.

nien vorhave. Komme eine Labour-Regierung an die Macht, so wisse er nicht einmal, ob eine solche Regierung selbst ein politisches Europa der Art, wie der Herr Bundeskanzler und er es sähen, akzeptieren würde. Käme eine konservative Regierung an die Macht, so würde sie wahrscheinlich ja sagen, dann aber stelle sich sofort das Problem der EWG. Er fürchte, daß de Gaulle niemals damit einverstanden sein werde, Großbritannien an einer politischen Gruppierung zu beteiligen, wenn dieses nicht gleichzeitig auch die wirtschaftlichen Lasten der EWG mitübernehme. Dies alles aber seien Annahmen, welche die Ereignisse viel klarer beantworten würden, sobald das Problem selbst einmal wirklich in den Raum gestellt werde. Das Problem heute bestehe darin, daß man wissen müsse, ob die Sechs zu Fortschritten bereit seien, ohne deswegen die Tür zu Großbritannien zu verschließen. Er halte das eines Versuches wert. Er werde seine Gedanken schriftlich der Bundesregierung zuleiten.<sup>17</sup> Dann müsse man mit den Partnern der EWG Kontakt aufnehmen, und wenn man die Möglichkeit sehe, könne man offiziell im Oktober damit an die Öffentlichkeit treten. England werde dann Stellung zu nehmen haben, sage es nein, dann müsse man ohne England weitermachen. Sei England interessiert, dann stelle sich die Frage der EWG, da de Gaulle, wie bereits gesagt, eine britische Beteiligung an einem politischen Europa ohne Übernahme der EWG-Verpflichtungen sicherlich niemals zulassen werde. Jedenfalls aber sei es Pflicht, jetzt etwas zu versuchen.

Der Herr *Bundeskanzler* wies darauf hin, auch er habe General de Gaulle die Frage gestellt, ob denn eine politische Lösung nicht anders zusammengesetzt sein könnte als die Wirtschaftsgemeinschaft. De Gaulle habe natürlich keinen Zweifel daran haben können, daß er an Großbritannien denke. De Gaulle habe erwidert, er halte die Idee für überlegenswert, könne jedoch noch keine Antwort geben. Er glaube jedoch, daß man realistischerweise mit den Sechs beginnen müsse. Ganz vertraulich wolle er Herrn Spaak sagen, was ihm de Gaulle über seine Konzeption der NATO erklärt habe.<sup>18</sup> De Gaulle stelle sich ein nichtintegriertes Verteidigungsbündnis zwischen Amerika und Europa als gleichberechtigten Partnern vor. Er (der Herr Bundeskanzler) habe darauf erwidert, daß es sich dabei um sehr ungleiche Partner handle. Er habe dann die Frage gestellt, wer denn den Schutz übernehmen solle, denn man müsse natürlich wissen, was eine solche Vorstellung politisch, strategisch und finanziell bedeute. Deutschland sei absolut für friedliche Lösungen und habe aus diesem Grunde auf eine nationale Armee verzichtet, vielmehr auch den letzten Soldaten in der NATO integriert. Auch die MLF würde von deutscher Seite betrieben, weil Deutschland keine nationale Kontrolle über nukleare Waffen wolle. Andererseits könne Deutschland auf eine nukleare Verteidigung nicht verzichten. Gebe es ein nichtintegriertes Verteidigungsbündnis zwischen Amerika und Europa, so habe er de Gaulle gefragt, was würde dann die Force de frappe bedeuten. Würde sie französisch bleiben oder würde sie europäisch? De Gaulle habe darauf erwidert, die Force de frappe würde natürlich franzö-

<sup>17</sup> Für das Memorandum des Außenministers Spaak vom 27. Juli 1964 vgl. Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 131.

<sup>18</sup> Zum Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle am 4. Juli 1964 in Bonn vgl. Dok. 187.

sisch bleiben, stünde jedoch Europa zur Verfügung. Als de Gaulle erkannt habe, daß er damit vielleicht etwas weit gegangen sei, habe er hinzugefügt, wenn es dann einmal eine europäische Regierung gebe, dann würde diese nu-kleare Streitmacht natürlich europäisch. Er (der Herr Bundeskanzler) habe darauf gesagt, de Gaulle sei ja gegen jede Hergabe irgendwelcher Souveränitätsrechte, also werde es niemals eine europäische Regierung geben, folglich werde die Force de frappe immer französisch bleiben. Wenn er aber zu wählen hätte zwischen dem amerikanischen oder dem französischen Schutz, so könne diese Wahl keinen Zweifel lassen. Ehe man das zukünftige Gesicht der NATO kenne, könne Deutschland auf keinen Fall eine gemeinsame Verteidigungspolitik in sehr engem Rahmen betreiben. Er selbst habe de Gaulle erklärt, er könne nicht auf die Gegenwart verzichten, ohne die Zukunft zu kennen. De Gaulle habe immer wieder seine These wiederholt, Deutschland fühle sich sehr stark gebunden an Amerika, und obwohl Frankreich nichts gegen Amerika habe, müsse Deutschland doch wählen, ob es diese Politik weitertreiben wolle oder ob es eine andere Politik treiben könne, nämlich mit Frankreich eine gemeinsame Verteidigungs- und Außenpolitik. Er (der Herr Bundeskanzler) habe darauf erwidert, er könne die Stellung einer solchen Frage überhaupt nicht zulassen. Der Herr Bundeskanzler bat Herrn Spaak um besonders vertrauliche Behandlung dieser Mitteilung. Sicherlich empfinde Herr Spaak mit ihm, wie dramatisch dieses Gespräch gewesen sei.

Herr *Spaak* erklärte, das Dramatische an der Sache sei, daß im Laufe der Jahre die Exzesse der de Gaulleschen Politik immer klarer zutage traten. Was die NATO anbelange, so sei de Gaulle heute schon weit von seiner Auffassung im Jahre 1958<sup>19</sup> entfernt. Was Europa anbelange, so habe er sich weit von dem Fouchet-Plan entfernt, und seine Konzeption sei jetzt eine Allianz mit Deutschland, was natürlich für Deutschland das Betreiben der französischen Politik bedeuten würde. Man könne aber sehr wohl für ein einiges Europa sein, ohne daß dieses Europa sich von Amerika zu entfernen brauche. Selbstverständlich werde dieses Europa, wenn es stärker werde, ein gültiger Partner für Amerika sein, aber man dürfe sich nicht von Amerika entfernen, denn man brauche Amerika für die Verteidigung und alle Probleme, denen sich die freie Welt gegenübersehe. Fahre de Gaulle in seiner Politik fort, so fürchte er, daß eines Tages sich Amerika unmittelbar mit Rußland verständigen werde, ohne daß Europa ein Wort zu sagen habe.

Der Herr *Bundeskanzler* verwies darauf, seiner Meinung nach könne de Gaulle diese Politik nur betreiben, wenn er von der These ausgehe, daß es keinen Krieg geben werde. De Gaulle habe ihm im übrigen gesagt, er könne warten. Amerika werde immer mehr Rotchina als den eigentlichen Gegner auftreten sehen, als die eigentliche Gefahr, und werde dann seinen Frieden mit Chruschtschow machen, so daß dann das deutsche Anliegen nicht nur auf Eis gelegt, sondern völlig aufgegeben würde. Das deutsche Anliegen könne nur von Europa gelöst werden. Seine (des Herrn Bundeskanzlers) Antwort darauf sei gewesen, wenn er nicht mehr an die Bündnistreue Amerikas glaube, dann

<sup>19</sup> Zu den Vorschlägen des Ministerpräsidenten de Gaulle vom 17. September 1958 für eine Reform der NATO und ein von Frankreich, den USA und Großbritannien zu bildendes „Dreier-Direktorium“ vgl. Dok. 59, Anm. 53, und weiter Dok. 264.

wäre es für jeden deutschen Bundeskanzler höchst schwierig, überhaupt eine Politik zu betreiben. De Gaulle selbst habe aufgrund seiner historischen Erfahrung keinen Anlaß, an Amerika zu zweifeln. Habe Chruschtschow jedoch aggressive Absichten und sei er nicht mehr so sicher, daß Amerika und Europa eine einzige gemeinsame Verteidigung bildeten, dann wären die Gefahren und Risiken viel zu groß. De Gaulle bestehe aber weiterhin auf seiner Idee, daß die Entwicklung in diesem Sinne laufen werde.

Herr *Spaak* bemerkte, dies sei völlig unrichtig, denn es sei sehr wohl möglich, daß das chinesische Problem ein entscheidendes Element für die Lösung der Deutschlandfrage darstellen werde. Es sei ohne weiteres denkbar, daß eines Tages Rußland die Vereinigten Staaten und Europa hinter sich brauche und daß man dann das deutsche Problem ganz anders sehen könne. Er halte die Ideen de Gaulles für höchst gefährlich und glaube, daß man ihnen entgegentreten müsse. Deswegen wäre es gut, wenn jetzt in der europäischen Frage ein gemäßigter Plan vorgelegt würde, der de Gaulle zu einer klaren Aussage zwinge.<sup>20</sup> Er könne andererseits die Haltung de Gaulles, nur ein Bündnis mit Deutschland zu suchen, sehr wohl verstehen, da er in einem Europa der Sechs mit seiner Außenpolitik allein und isoliert dastehen werde.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, die Politik de Gaulles sei für ihn völlig unmöglich, ganz abgesehen von machtpolitischen Fragen. Es wäre ein völliger Rückfall in die Vergangenheit. Eine Zweier-Allianz hätte auch machtpolitisch keinerlei Gewicht. Deutschland würde dabei auf jede Handlungsfreiheit gegenüber de Gaulle verzichten und gleichzeitig die Freundschaft der freien Welt verlieren.

Herr *Spaak* erklärte abschließend, man müsse daher jetzt versuchen, Deutschland zu helfen, daß es seine Position und Politik mit den anderen europäischen Ländern aufrechterhalten könne.

Das Gespräch wurde um 16.40 Uhr im größeren Kreise fortgesetzt.<sup>21</sup>

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 10

<sup>20</sup> Zur Frage einer neuen Initiative für die europäische politische Zusammenarbeit vgl. weiter Dok. 266.

<sup>21</sup> Dazu hielt Staatssekretär Carstens mit Runderlaß vom 15. Juli 1964 fest: „Spaak sieht mit großer Sorge die weitere Entwicklung in der NATO. Französische Ablehnung militärischer Integration in Friedenszeiten werfe besonders für kleine Länder, die nicht in der Lage seien, kostspielige moderne Waffensysteme aufzubauen, sehr schwierige Fragen auf. Möglicherweise sei Rückkehr zur Neutralität einzige Lösung für diese kleinen Länder, falls sich [die] französische These durchsetzen würde ... Bei Erörterung europäischer Landwirtschaftspolitik zeichnete sich die Möglichkeit ab, den zur Zeit unüberwindlichen Schwierigkeiten der Festsetzung eines einheitlichen Getreidepreises in der EWG dadurch zu entgehen, daß man für die Kennedy-Verhandlungen von einem fiktiven Getreidepreis ausgeht, der die Gemeinschaft nicht bindet, aber andererseits eine vorläufige Grundlage für die Zollverhandlungen bilden könnte. Damit würde man [den] Amerikanern Rechnung tragen, die mehrfach erklärt haben, sie könnten über industrielle Projekte nicht sprechen, wenn nicht die Gemeinschaft bereit wäre, auch über landwirtschaftliche Erzeugnisse zu verhandeln. Bundeskanzler Erhard erklärte nachdrücklich, daß die Kennedy-Runde unter keinen Umständen scheitern dürfe.“ Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 419; B 150, Aktenkopien 1964.